

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Zwingertafel monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingertstraße 21, II. Telefon 2465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingertstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 216.

Dresden, Donnerstag den 17. September 1908.

19. Jahrg.

Die Auseinandersetzung über die Budgetfrage.

Nürnberg, 16. September.

Der heutige Tag der Parteitagsberatung gehörte der heiß umstrittenen Budgetfrage und jedenfalls wird auch die ganze Sitzung am Donnerstag dieser Angelegenheit gewidmet sein; auf den geplanten Nachmittagsausflug wurde bereits verzichtet, um keine Zeit zu verlieren.

Die Debatte, wie sie sich heute entrollte, wird zu den bemerkenswertesten zählen, die unsere Parteitage aufzuweisen haben. Man darf sagen, daß sie sich durchweg auf geistiger Höhe ereignet und daß sie die Meinungsverschiedenheiten, die es auszufechten gibt, in sehr sachlicher Art zum Ausdruck brachte bei aller Leidenschaftlichkeit, von der sie erfüllt war. Wohl schlugen die Mitglieder hart aufeinander, wohl erfolgten hitzige Angriffe und scharfe Anklagen, doch mit freundlicher Bewunderung darf festgestellt werden, daß das glühende Interesse für die Sache selbst, für das Wohl der Partei und der Arbeiterklasse in allen Reden lebendig pulsierte.

Genosse **Wedel** gab das einleitende Referat. Obwohl sein Gesundheitszustand ihm Schonung auferlegen sollte, ließ er es sich nicht nehmen, in dieser Angelegenheit, die zu so großer Bedeutung für die Partei angewachsen ist, den Reigen zu führen. Freilich, er, der sonst in seinen Referaten weit auszuholen und umfassend auszugreifen pflegte, so daß zwei- und mehrstündige Reden üblich waren, er begnügte sich in knapp einständiger Rede, den Tatbestand des Streitfalles vorzuführen und seine Meinung zu bekunden. Reichs Anführungen waren bei aller Bestimmtheit in der Sache von äußerst milder, geradezu veröhnlicher Form. Er führte aus, daß die Gründe, die von den Landtagsfraktionen für ihre Zustimmung zum Budget ihrer Staaten angeführt seien, nicht unter die Ausnahmen fallen können, die der Parteitag in Lübeck vorgezogen habe. Die Zustimmung zum Budget sei ein Vertrauensvotum für die Regierung, wir aber als prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung keinen unserer Regierung ein solches Votum ausstellen. Die Regierungen in den Einzelstaaten seien mitschuldig an den Sünden der Reichspolitik. Es sei anzuerkennen, daß in Süddeutschland einige Fortschritte erreicht seien, aber daß sei auch den dortigen besonderen Parteikonstellationen zu danken, und für die Sozialdemokratie könnten nicht keine Reformen maßgebend sein, sondern das sozialistische Ziel. Wenn wir in dieser Weise das heutige System unterstützen, so seien wir keine Sozialdemokraten, sondern eine sozialreformistische Arbeiterpartei. Wedel wies weiter darauf hin, wieviel Reaktionsdresdner auch in den süddeutschen Staaten gesehen sei, und wandte sich gegen die Behauptung, als ob die Ablehnung des Budgets und in der Agitation Hindernisse bereiten könne. Man solle doch den Vorurteilen der Masse nicht so sehr Rechnung tragen, man solle diese Vorurteile bekämpfen, wie wir es bisher mit größtem Erfolge getan haben. Die Budgetfrage sei eigentlich eine herzlich unbedeutende Frage, da könnten die Süddeutschen doch die Leute leicht von der Richtigkeit der Ablehnung überzeugen. Die Resolution des Parteivorstandes solle Abhilfe schaffen, daß ähnliche Fälle sich nicht wiederholen, und er rufe um ihre Annahme.

In einem Vertreter der drei süddeutschen Landtagsfraktionen war unbestimmte Redezeit zugelassen worden und je einem Vertreter der Minorität in diesen Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten. Für Bayern nahm Genosse **Timm**, einst ein „radikaler Berliner“, jetzt Landtagsabgeordneter in München, das Wort. Timm sprach fünf Stunden. Aus seiner Rede langten in der ersten Hälfte der Redezeit, wie auch die Gegner seines Standpunktes nicht verneinen. Seine Rede war an vielen Stellen von heiligem Widerspruch, aber auch von großem Selbstgefühl begleitet. Es ist ausgeschlossen, an dieser Stelle die mannigfachen Einzelheiten auch nur zu skizzieren, durch die der Redner das Verhalten der bayerischen Fraktion zu rechtfertigen unternehme; das mögen die Leser im ausführlichen Bericht selbst nachlesen. Er sprach gegen die übermäßige Verwendung unserer Kraft auf solche Streitfragen; er wendete sich gegen die Aufstellung der Landtagsfraktionen, wie sie in Leipzig und Berlin betrieben sei; er erklärte, die Zustimmung zum Budget sei in Übereinstimmung mit der Lübecker Resolution geschehen; er schilberte ausführlich die gesamten Verhältnisse der bayerischen Politik und die Erfolge, die unsere Fraktion durch ihr Drängen gegen die Regierung für die Arbeiterklasse und für die im Staatsdienst arbeitenden Leute erreicht hat. Er betonte die praktische Arbeit der Partei in der Gegenwart: durch eine einschneidende Sozialreform müssen wir zu unserem Ziele kommen. Er forderte, daß die Abgeordneten der Bewegungsfreiheit nicht beraubt werden dürfen, wie es die Vorstandesresolution fordere. Diese Resolution sei unannehmbar; dagegen werden wir uns aufs äußerste wehren. Man möge eine legale Verständigung suchen, aber nicht Herrscher und Beherrschte machen. Vertrauen sei besser als alle Resolutionen.

Am Nachmittag legten die Genossen **Frank-Rammsheim** und **Gildenbrand** Stuttgart den Standpunkt der Wobener und Würtemberger dar. Auch ihre Reden wurden mit großem Interesse und großer Spannung bedacht. Frank, um nur dies eine Moment zu erwähnen, erklärte, daß die Aufstellung einer Zwangsbestimmung die ganze parlamentarische Stellung der süddeutschen Fraktionen untergraben würde, und daß doch nicht das nördliche Deutschland, wo so gut wie keine Landtagsvertretungen vorhanden sind und nicht die erforderlichen Erfahrungen gesammelt sind, das südliche Deutschland überwinden möge. Gildenbrand

meinte, durch die Vorstandesresolution werde den süddeutschen Abgeordneten das Stigma des Mißtrauens aufgedrückt, da könnten sie nicht weiter getätigt arbeiten.

Nun kam die Minderheit der süddeutschen Fraktionen zu Wort. Genosse **Simon** erkannte an, daß seine Kollegen in guter Ueberzeugung gehandelt hätten, aber ihre Auffassung sei eine irrthümliche. Hätten seine Kollegen gegen das Budget gestimmt, so wäre dies in der Bevölkerung nicht auf Widerstand gestoßen. Das Verhalten des bayerischen Kultusministers allein hätte Grund genug zur Ablehnung gegeben. Man solle nicht von Zwang reden, schon oft habe sich eine Minderheit der Mehrheit gefügt. Er wüßte dringend, daß noch im Verlaufe der Debatte ein Weg der Verständigung gefunden werde. Für die bayerische Minderheit sprach Genosse **Sichorn**; die Vorstandesresolution sei das mindeste, was beschloffen werden müsse, sie spreche keinen Tadel aus, bringe nur Klarheit.

Für den morgigen Tag sind nicht weniger als 92 Redner eingetragen. Natürlich kann diese Rednerliste nicht erschöpft werden. Es wird abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen den süddeutschen Standpunkt zu Worte kommen. Es sind zwei neue Resolutionen eingebracht: die eine, von Schöpflin eingebracht, will den Schluß der Lübecker Resolution, der die Ausnahmefälle enthält, streichen, und eine Resolution **Prohm**, die als Vermittlungsresolution anzusehen ist und vor der etwaigen ausnahmsweisen Zustimmung zum Budget die Verständigung der betreffenden Fraktion mit dem Landesvorstand und dem Parteivorstand beauftragt.

Der Sieg von Ludwigshafen.

Der glänzende Sieg, den die bayerischen Genossen am letzten Dienstag bei der Reichstagswahl in Ludwigshafen errungen haben, war nicht nur eine wichtige Zuspätschiebung für unsere unerschlichenen Franz Josephs, sondern auch eine rechtzeitige Erinnerung an die gesamte Partei, und so ist es auch von den Delegierten und Führern des Süddeutschen Parteitag aufgenommen worden, die die frohe Nachricht mit einem Beifallsturm begrüßten. Die erste Mitteilung des Vorsitzenden Genossen **Singer**, daß das Mandat von Ludwigshafen wieder gewonnen sei, geröchte Genugthuung, ohne zu überfordern. Die im weiteren Verlauf der Verhandlungen eintreffende Nachricht von dem sprunghaften Steigen der Stimmenzahl — von 18 630 auf 21 826, also 3000 Stimmen mehr als vor anderthalb Jahren — steigerte das Gefühl der sicheren Genugthuung zu stolzer Freude. Der Fortschritt, den die Partei bei dieser Wahl erzielte, ist so außerordentlich, daß man recht weit in der Geschichte der Reichstagswahlen zurückblättern muß, um seinesgleichen zu finden. Eine Reihe ähnlich günstiger, wenn auch zum Teil noch nicht so günstiger Reichstagswahlen ging dem 16. Juni 1903 voraus, der bisher der höchste Siegestag in der Geschichte der parlamentarisch kämpfenden Sozialdemokratie war, der aber von späteren Nachfolgern weitab übertraffen werden wird, sofern auch die Wahl von Ludwigshafen als günstiges Symptom der allgemeinen politischen Stimmung nützlich und schließlich das Mainz aufgefaßt werden kann.

Die liberale Presse hat denn auch die symptomatische Bedeutung des Sieges von Ludwigshafen sofort richtig erkannt und sie sucht ihn zu verkleinern, indem sie frei aus dem Handgelenk behauptet, die 3300 neuen Wähler der Sozialdemokratie seien einfach Zentrumswähler, „denn sonst gäbe es für die Junosche der sozialdemokratischen Stimmen keine Erklärung“. Diese Erklärung scheint uns um so weniger stichhaltig zu sein, als die Niederlage des Nationalliberalen — der 2000 Stimmen verlor — von vornherein feststand. Aber wenn sich auch die gewählten Kommentatoren der liberalen Presse als nicht stichhaltig erweisen, so gibt es doch für den glänzenden Sieg in der Pfalz eine Erklärung: Absehen der Wähler vor der konservativ-liberalen Blockpolitik, Ermüderung vom vorjährigen Festschlingwahlen, ausfallende Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zuletzt die Arbeit der Genossen haben zusammengewirkt, um den 16. September zu einem Siegestag zu gestalten und ein erfreuliches Beispiel dafür zu geben, was doch immer für uns die aller andere weit überragende Hauptsache bleibt, gemeinsamer, unermüdlicher, siegreicher Kampf gegen den gemeinsamen Feind!

Der englische Gewerkschaftskongreß.

J. s. London, 14. September.

Der Trade-Union-Kongreß, der während der ganzen verflochtenen Woche in der Industriestadt des Midlands, Nottingham, lagte, ist aus verschiedenen Gesichtspunkten bedeutungsvoll. Seit dem Auskommen und Erstarken der englischen Arbeiterpartei hat man dem Gewerkschaftskongreß vielfach eine schlimme Zukunft prophezeit: er würde nun noch und nach an Bedeutung und Mitgliederzahl verlieren, und schließlich ganz verschwinden. Und in der Tat müßte den Gewerkschaftskongreß logischerweise früher oder später ein solches Schicksal ereilen. Der Gewerkschaftskongreß hat annähernd genau dieselben Mitglieder wie die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei; die Ziele, die sich die beiden Körperschaften setzen, sind genau die gleichen; sie wollen die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft beeinflussen. Der einzige Unterschied ist nur der, daß der Gewerkschaftskongreß dem parlamentarischen

Komitee des Kongresses Direktiven gibt, während die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei die Politik der Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion bestimmen will. Aber auch dieser Unterschied ist in der Hauptsache nur ein nomineller, denn die Mitglieder der genannten drei Einrichtungen sind vielfach ein und dieselben Personen. Der Gewerkschaftskongreß gibt sich auch nicht mit der finanziellen und technischen Seite des Gewerkschaftslebens ab, sondern diese ist einer dritten Organisation, die wiederum annähernd dieselben Mitglieder hat, nämlich dem Verband der Gewerkschaften, überlassen. Und so ist denn der Gewerkschaftskongreß in Wirklichkeit überflüssig geworden, weil seine Funktionen den beiden anderen großen Organisationen übertragen worden sind. Die einzigen besonderen Aufgaben, die dem Gewerkschaftskongreß heute noch zufallen, sind die Formulierung der besonderen gefeßlichen Forderungen einzelner Gewerkschaften sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften.

Aber der Gewerkschaftskongreß zeigt sich wenig geneigt, sich seinem Schicksale zu ergeben. Der eben abgelaufene Kongreß trug sicherlich keine Anzeichen des Niederganges an sich. Die Zahl der auf ihm vertretenen organisierten Arbeiter war größer als je zuvor. Die Tagesordnung war ungemein reichhaltig und enthielt einige der wichtigsten Fragen, die das öffentliche Leben Englands gegenwärtig beschäftigen. Und das dem Kongreß von Seiten der bürgerlichen Presse und der Öffentlichkeit im allgemeinen entgegengebrachte Interesse ist ebenfalls ein sehr großes gewesen und kaum geringer, als es in früheren Jahren der Fall zu sein pflegte, wo der Gewerkschaftskongreß das einzige Organ war, durch das die Wünsche und Forderungen der englischen Arbeiterklasse Ausdruck erhielten. Für den Beobachter der Entwicklung der englischen Arbeiterpolitik ist der Gewerkschaftskongreß auch deshalb von großem Interesse, weil er uns die englischen Gewerkschaftler gleichsam auf sich allein angewiesen zeigt, ohne den Einfluß jener sozialistischen Organisationen, die sonst die politische Stellung der Arbeiterorganisationen vornehmlich bestimmen. Um nur einige Namen zu nennen, haben die Genossen **McHardie**, **Macdonald** und **Snowden**, also gerade jene Führer der T. U. P., die im Räte der Arbeiterpartei und ihrer parlamentarischen Fraktion gewöhnlich den Ton angeben, auf dem Gewerkschaftskongreß keinen Platz.

Die politisch wichtigste Erklärung des Gewerkschaftskongresses ist in der Regel die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, und diese wird auch von der gesamten bürgerlichen Presse stets sehr ausführlich wiedergegeben. In diesem Jahre fiel dieses wichtige Amt dem Vertreter der Beberiarbeiter **Shackleton** zu. Dieser ist der Typus des alten Gewerkschaftsführers, der, in der Sturm- und Drangperiode des englischen Trade-Unionismus aufgewachsen, sein Leben hergezogen hat, um diesen groß zu machen. Er ist kein Sozialist, sondern noch in liberalen und radikalen Anschauungen befangen, aber er bringt den jungen Kameraden, die ein neues Evangelium verkünden, einen offenen Sinn und ein treues Kämpferherz entgegen. Zu seiner Eröffnungsrede berührte er eine Anzahl der wichtigsten aktuellen Fragen, das Arbeiterpensionsgesetz, die Schanzvorlage, aber den größten Platz nahmen seine Ausführungen über die Arbeitslosenfrage und über die internationalen Beziehungen ein. Die Frage der Arbeitslosigkeit wird in England täglich brennender. Shackleton schilderte den traurigen Zustand fast aller Arbeitszweige und Industriedistrikte, der ein energisches Eingreifen von Seiten der Regierung beschleunigt erheischt. Von den erforderlichen Maßnahmen gegen diese Not zählte er alles auf, was er von seinem Standpunkte als Nicht-Sozialist aus tun konnte und was sich augenblicklich überhaupt Kraftfisches tun läßt. Er forderte die Einschränkung der täglichen Arbeitszeit und die Abschaffung des systematischen Ueberstundenwesens. Er kündigte einen neuen Kampf im Interesse der von der Regierung und dem Unterhause abgelehnten Arbeitslosenbill an und ertheilte dabei den sogenannten „Arbeitervertretern“ **Maddison** und **Hibbin**, die sich von der Regierung zur Bekämpfung dieser Arbeiterforderung gebrauchen ließen, einen deutlichen Verweis. Von dem „Arbeitsminister“ **John Burns**, dessen große Rührigkeit für die kapitalistische Regierung sich gerade in solchen Fällen am deutlichsten offenbart, schwieg Shackleton.

In der Frage der internationalen **Arbeitslosenfrage** stellte sich der Präsident genau auf den sozialistischen Standpunkt der Arbeiterpartei und beklagte dabei in freundlichen Worten, daß die Jingos in diesem Falle den Bestand „einiger bekannten und vertrauenswerten, aber irregulierten Freunde der sozialistischen Bewegung“ hatten. Seine Ausführungen sind auf Grund einer telegraphischen Meldung hier bereits wiedergegeben worden.

Von Wichtigkeit ist noch, daß die Eröffnungsrede die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz über Arbeiterschutzgesetzgebung nach dem Muster der vom deutschen Kaiser im Jahre 1891 einberufenen antegte, jedoch soll diesmal die englische Regierung die Initiative ergreifen. Shackleton scheint den Einfluß, den jene Konferenz auf die Sozialgesetzgebung verschiedener Staaten wirklich ausgeübt hat, stark zu überschätzen. Von prinzipiellen Bedenken ganz abgesehen, haben solche offiziellen Veranstaltungen den großen Nachteil, daß sie gar keine Garantie dafür bieten, daß wirklich dazu berufene Personen in den dort ver-

Handwritten notes and small advertisements in the left margin, including names like 'M.', 'Samste', 'kur!', 'Hansen', 'Bettfedern', and various numbers and dates.

handelten Fragen entscheiden. Was namentlich Deutschland betrifft, so ist es wohl sehr zweifelhaft, ob sich die deutsche Regierung an einer solchen internationalen Arbeiterkonferenz etwa durch die Genossen Debel oder Kollensbaur vertreten lassen würde.

Die übrige Arbeit des Kongresses war so reichhaltig, daß nur einiges davon hier kurz ausgehört werden kann. Im Anschluß an den Bericht des parlamentarischen Komitees wurde die schändliche Ausbeutung der Arbeiter in den Werksstätten der Deißlarmer unter der Maske der Philantropie geübelt. Die an dieser Stelle bereits früher besprochene Resolution über politische Reformen, die zehn Forderungen, darunter das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter, enthält, wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Die Vorbereitung des Arbeiter-Tageblattes wurde dem parlamentarischen Komitee übertragen. Die Resolution über englische Streikbrecher im Auslande, von der wir ebenfalls schon früher berichteten, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Frage der Arbeitslosigkeit. Allseitig wurde gefordert, daß die Arbeitslosenbill der Arbeiterpartei durchgeführt werde. Bill Thorne erklärte die Frage werde sich nicht lösen lassen, bis die Arbeiterklasse von den Wählern und Produktionsmitteln Besitz ergreifen und in ihrem eigenen Interesse verwenden werde. In einer Resolution, die Annahme fand, wurden auch staatliche Zuschüsse für die Arbeitslosen-Unterstützungsfonds der Gewerkschaften gefordert. Eine andere Resolution forderte staatliche Verbindungen gegen Arbeitslosigkeit, wobei Thorne die wichtige Erklärung, daß der Minister des Innern ihm die baldige Einleitung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung dieser Frage angedeutet hat, abgab. John Burns, Maddison und Winton wurde wegen ihrer Haltung bei der Arbeitslosenbill formell die Mißbilligung des Kongresses ausgesprochen.

Nach der Annahme einer Resolution, welche die Abschaffung des Oberhauses fordert, wurde die Frage eines obligatorischen Streikschiedsgerichts behandelt. Die Forderung nach einem solchen wurde nach heftiger Debatte mit einer Mehrheit von 154 000 Stimmen abgelehnt; die Arbeiter müßten sich das Recht zu streiken, wenn sie wollen, bewahren.

Am Unterrichtsweesen wurden die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen, die Beförderung der Schüler und die Abschaffung des Halbzeitlehrer-Systems gefordert. Andere Resolutionen fordern den Achtstundentag, die Erweiterung der Fabrikgesetze und die Abschaffung der Schwerearbeit.

Am Schluß wolle wir noch einiges von den Ausführungen Hendersons, des Präsidenten der Arbeiterpartei, der den Kongresse die Grüße der Arbeiterpartei darbrachte, wiedergeben. Seine Worte fallen um so mehr ins Gewicht, als Henderson kein Sozialist ist. Er sagte: „Während der acht Jahre, seitdem dieser Kongress die Arbeiterpartei ins Leben gerufen hat, waren die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen niemals bessere als heute. Wir fühlen, daß das Nützlichste der großen Bewegung, die die Arbeiterbewegung vertritt, in den Gewerkschaften zu finden ist, die auf diesem Kongresse vertreten sind. Ich sage dies um so nachdrücklicher, weil ein gewisser Teil der Presse in dem vergangenen Jahre große Anstrengungen gemacht hat, um die ganze Arbeiterbewegung auseinanderzureißen.“

Es ist behauptet worden, daß die Sozialisten die Gelder der Gewerkschaften erbeuteten. Man hat die Gewerkschaften aufzuheben, sich vor der bedrohlichen Haltung der Sozialisten in acht zu nehmen. Dies wird nicht ohne einen bestimmten Zweck geschehen. Die Sozialisten möchten gern die guten Beziehungen, welche zwischen den beiden Parteien der Arbeiterbewegung heute bestehen, zerstört sehen.“

Der große Beifall, den diese Worte weckten, zeigt, daß die englischen Arbeiter sich vollkommen klar darüber sind, daß der lähmende und aufstöhnliche Erfolg der Arbeiterpartei gerade in der engen Vereinigung mit den sozialistischen Organisationen mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu suchen ist.

Deutsches Reich.

Die Endow-Gehheimnisse.

Die neuen Steuerpläne sollen, wie die Deutsche Tageszeitung hört, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch in eingehender Darstellung der wesentlichen Punkte unterbreitet werden. Sobald die betreffenden Vorlagen an den Bundesrat gelangen, man hofft, daß der Bundesrat mit diesem Vorgehen einverstanden sein werde.

Diese Meldung genügt keineswegs, die Tatsache zu erschüttern, daß die Regierung entschlossen ist, mit ihren Steuerplänen die Öffentlichkeit zu überrumpeln.

Aber die größte Gas- und Elektrizitätssteuer bringt der Reichstag. Nach den Mitteilungen, die, wenn seine Angaben richtig sind, die Verhandlungen über die der Industrie zugewandte Belastung bezeugen würden. Danach soll die neue Steuer nicht bloß eine Progression sein, sondern die gesamte elektrische Energie und den gesamten Gasverbrauch umfassen, und sie soll einen Beitrag von 60 Millionen Mark bringen, zu welchem Zweck ein Steuerfuß von 5 Proz. vorgeschlagen ist. Auch die Fabrikate, wie Glühlampen, Gasglühbirnen und Leuchtöhlerlampen, also die wesentlichen Lichtquellen, würden etwa nach der Art der Zigaretten-Steuer besteuert. Dazu bemerkt die Frankfurter Zeitung: Es ist nicht leicht verständlich, wie letzteres gemeint sein soll, denn in welcher Weise die Ertragserhöhung angeht ist. Im ersten Artikel, den wir bezüglich der Steuerpläne, war bemerkt, daß bei einer Besteuerung, die für Elektrizität den Satz von 5 Proz. enthält und für Gas noch etwas höher angenommen wurde, man ein Nettoertrags von etwa 44 Millionen Mark erhalten würde, für die Kontrolle ausgegeben werden, namentlich der Aufwand nach der erwarteten finanziellen Verluste, auf der anderen Seite aber eine sehr empfindliche Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise namentlich auch Gasbesitzer und Kleinrentner, unter anderem. Eine vielversprechende Entwicklung kann dadurch nicht aufhalten, sondern sogar zurückzuführen sein, und es besteht eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Auswanderung der Industrie, die in Anbetracht ihrer durch die gemeinschaftliche Zollpolitik veranlaßt worden ist.

Reinigungsreform und weitere Kommunalreformen.

Die Reichstags-Versammlung bemerkt zu dieser Frage: „Es muß ein gegenwärtiges ernstes Augenmerk auf diese Angelegenheiten werden.“

Das auch die unvollständige Bekämpfung der Reichsfinanzen zum guten Teil auf das direkte Eingreifen der „obersten Kommando“ im Reich zurückzuführen ist. Bei seinem idealen, hochgenuteten Streben auf den vorliegenden Gebieten des Staatslebens trägt Kaiser Wilhelm II. der harten Realität der Dinge nicht immer ausreichend Rechnung. Wenn es für ihn gilt, ein ihm vorkommendes Ziel zu erreichen, gibt es für ihn keine Schwierigkeiten materieller Art, die sich aber trotzdem an anderer Stelle bald in sehr fühlbarer Weise geltend machen. Sein Vorhaben, das immer gesteigerten Anforderungen für Österreich und Marinede vor allem aus der eigenen Initiative des Kaisers hervorgegangen sind. An den verantwortlichen Stellen war anscheinend nicht jederzeit der Wille oder die Kraft vorhanden, auf die finanziellen Konsequenzen mit ausreichendem Nachdruck hinzuweisen.

Das ist ja sehr schön und gut, nur hätte dem Zentrum diese Erkenntnis schon zu einer Zeit kommen müssen, zu der das Zentrum nach Regierungspartei war. Daß der Block diese „oberste Kommando“ einschränkt, ist nicht zu erwarten.

Ein Angriff auf das Budgetrecht des Reichstages?

Die National-Zeitung veröffentlicht folgende Notiz: Einige Blätter hatten aus einer Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung herausgesehen, daß die Regierung einen Angriff gegen das Budgetrecht des Reichstages plane. Demgegenüber sei festzustellen, daß derartige Pläne selbstverständlich in keiner Weise bestehen. Im Gegenteil, das Budgetrecht des Reichstages soll eine neue Grundlage und einen lebhaften Ausbau erfahren.

Es ist lebhaft zu befürchten, daß hier eine neue Blockade im Reiten begriffen ist. Wie Blockaden ausbleiben und schwinden, braucht nicht noch einmal gesagt zu werden.

Eine tolle Idee.

Die geringe Wahlbeteiligung bei der Nachwahl in Wittenberg ist die „nationalen“ Parteien in die Milder gefahren; sie haben Angst bekommen vor der Waffe der Nichtwähler. Mit der Frage der Heranziehung der Nichtwähler befaßt sich der Oberlandesgerichtsrat Bozi in einem in der Zeitschrift: Das Recht. Der Mann empfiehlt, die Verwaltungsbehörden sollten bei den Wahlen einen Kandidaten nominieren, dem die Stimmen aller jener Wähler zuzugewiesen seien, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben. Wenn der Urheber dieser tollen Idee davon eine stärkere Wahlbeteiligung erwartet, so dürfte das umgekehrte eintreten. Die Regierung läßt einfach einen ihr genehmen Kandidaten für die Nichtwähler aufstellen und die Organe der Regierung verkündeten dann, dies sei der Regierungskandidat; wer dann zur Wahl geht, stimmt gegen die Regierung damit und hat die Folgen zu tragen. Das wäre der einfachste Weg, die geheime Abstimmung zu umgehen.

Der Anführer der Liebertgardisten.

Der Abordnete Generalleutnant von Liebert soll auf dem Kongress zur Sechsten des Alldeutschen Verbandes zu Potsdam gelagt haben, daß der Sieg von Sedan ein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus gewesen sei. Der Berliner Mitarbeiter der Köln. Zeitung schreibt dazu: „Es wäre lebhaft zu beauern, wenn General von Liebert wirklich so gesprochen hätte, denn die Schlacht von Sedan war kein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, sondern ein Sieg deutscher Katholiken und protestantischer Soldaten über das französische Heer. Den Zentrumsblättern ist ein großer Glück widerfahren, da sie aus den Redensarten Lieberts eine Behauptung für ihre Behauptung entnehmen können, daß der Protestantismus den Katholizismus in Deutschland zurückdrängen und zu unterdrücken trachte. Die Blätter sollten sich daran erinnern, daß Herr von Liebert nicht zum ersten Male soeben sprach.“

Joerg schreibt die Königlich Volksg. Auch die anerkannten Regierungsdarsteller müssen über die freche Rede des Generals v. Liebert etwas zu sagen haben. Dieser in solcher Stellung und besonders gefährlich. Man muß wenigstens wissen, wie die verantwortlichen Stellen in unserem Staatsleben über solche Lächerlichkeiten politischer Generale denken und was sie zu tun gedenken, um derartige, den inneren Frieden auf das bedenklichste gefährdende Treibereien für die Zukunft zu verhindern. Was tun wir zunächst ab!

Die Schlingens Lieberts können auf ihren „Führer“ stolz sein!

Polizei und Vereinigungen.

Wie schwer es manchmal Polizeibehörden noch immer wird, sich mit den Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes abzufinden, die eine Verbesserung gegen das alte preussische Vereinsgesetz darstellen, dafür hat nun auch die Polizeiverwaltung von Braubach einen Beitrag geliefert. Der Vertrauensmann der dortigen Jahreshilfe des Bergarbeiterverbandes erhielt ein Strafmandat, weil er eine von ihm einberufene Bergarbeiterversammlung nicht polizeilich angemeldet hatte.

Schnelkurs.

Kassel, 16. September. Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute ein Schuhmann, der einem Arrestanten ins Gesicht und mit einem Stocke geschlagen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof sprach in dem Urteil aus, der Schuhmann habe eigentlich drei Monate Gefängnis verdient, doch seien ihm mildernde Umstände zugunsten billigt worden, weil er noch unbescholten sei.

Ein anderer Kesseler Schuhmann hatte neulich einen Zusammenstoß mit einem Betrunknen. Dem Betrunknen fuhr der Schuhmannsfuß durch den Leib, so daß der lebensgefährlich Verletzte am Tage darauf verstarb. Der Schuhmann behauptet freilich, der Betrunkene sei ihm in den Säbel hineingelaufen.

Ein Polizeiheldchen.

Anfang Juli soll in Penzance bei Biskayahof der Arbeiter Ludwig Hork einen Straßenausfall verursacht haben, worfür ihn die Penzance Polizei mit einem Strafmandat über 9 M. bedrohte. Hork reiste ab, ohne diese 9 M. zu bezahlen. Um nun aber dieses Geldes nicht verlustig zu gehen, stellte die Polizei nach dem Bezogenen Nachsehen an und beschlagnahmte vorige Woche futzgerhand den Rauber Philip Hork, der am Penzance Bahnhof Streikposten im beschuldigt. Das betrifft natürlich entschieden, ein Strafmandat erhalten zu haben. Auch bemerkt er, daß auf dem Straßenausfall eine Namensänderung vorgenommen wurde. Um nicht eingelockt zu werden, bezahlte Hork die 9 M. Das Weitere wird sich finden. Eine Anfrage in des Verhafteten Wohnung wurde die Polizei über ihren „Jerkum“ aufgeklärt haben. Statt dessen sagte man den Mann ohne weiteres vor die Alternativen, entweder 9 M. bezahlen oder drei Tage brummen.

Die Gehten.

Ueber ein Vorkommnis, das wie ein Seitenstück zur Vollstreckung wirkt, berichten Blätter in Weiningen. Danach wollte ein aus dem Rudolfsheim Untermaßfeld entlassener Gefangener sich eben auf der Station Untermaßfeld eine Fahrkarte lösen, um sich irgendwo wieder einen Verweis zu suchen, als der Gerichtsvolksherr erschien und dem Entlassenen das aus der Anzahl als Arbeitslohn mitbekommene Geld vor die Nase warf. Da der Entlassene begrifflich der Gerichtsvolksherr den Reisetorb mit den darin befindlichen wenigen Arbeitskleidern ab. Der in die Freiheit

zurückgekehrte Strafgefangene tief dann eingeschüchtert haben, anstatt sein Recht zu suchen, denn gesetzlich bestand gar kein Recht, dem Manne seine Arbeitsprämien oder seine zum Lebensunterhalt nötigen Arbeitskleider zu stehlen. Mit Recht fragt das Weiningen Tageblatt zu diesem Vorfall: Die Polizei nun ein solcher Mensch wieder auf den richtigen Weg kommen, wenn ihm gleich heim genommen werden? Wer trägt in solchen Fällen die Schuld daran, wenn ein Mensch, dem es so ergeht, bald wieder rückfällig wird?

Wespenherde.

Paris, 16. September. Das hiesige Journal erzählt, die Kaiserliche Polizei sei am letzten Freitag verhaftet worden, daß sie als Anarchisten bekannte Fabrikarbeiter sich abends vorher in der Nacht nach der Schlacht begeben hätten, dem Lebertrakt des Kaisermanders in den Reichslanden gekannt gewesen sein, das schlammige Streich auszuführen. Dieses Paar werde heute noch nicht freigelassen sein, der Kommissar Petri das Verbrechen veranlaßt haben, um den Ausflugsplan des Kaisers abzuwenden.

Die drohenden Schiffsabgaben. Zur Frage der Schiffsabgaben erklärt der Neue pol. Tageb., daß gegenwärtig im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Gesetzesvorlage bearbeitet wird, die nach Zustimmung des Staatsministeriums als Antrag Preussens an den Bundesrat gelangen soll. Es handelt sich dabei um ein Interpretationsgesetz zum § 54 der Reichsverfassung, durch das die Erhebung von Schiffsabgaben reguliert, Wasserstraßen als im Einflange mit dem Sinne der Verfassung stehender Häfen werden soll.

Reichstagswahl im Kreise Helmstedt-Wolfenbüttel. Die Stichwahl im Kreise Helmstedt-Wolfenbüttel zwischen Riese (Soz.) und Riese (bürgerl. Mischnach) findet am 22. September statt.

Stationen für drahtlose Telegraphie. Es soll im Reich eine weitere Anzahl von Stationen für drahtlose Telegraphie errichtet werden. Wenn die zurzeit im Bau befindliche Station in Göttingen vollendet ist, was etwa Anfang November der Fall sein dürfte, wird mit dem Bau einer Station für drahtlose Telegraphie in Köln und darauf in Königsberg begonnen.

Odenburger Bladbrüder. Der odenburgische Preßverein hat die im Großherzogtum Odenburg bestehenden Landtagsstellen ein Bündnis mit dem Bund der Landwirte geschlossen. Der Preßverein als angeblicher Wegweiser der Lebensmittelpreise im Arm mit den Brotwucherern!

Keine politische Radikalisierung. Aus London wird der Berl. Ztg. berichtet: Man glaubt hier, daß langwierige Unterhandlungen zwischen den Großmächten der Annahme der spanisch-französischen Karte vorzuziehen werden und daß man die finanziellen Forderungen Frankreichs schließlich dem Haager Schiedsgericht über unterbreiten müsse, da die Einberufung einer zweiten Marokkokerferenz, so viel es gefährliches Experiment, vermieden werden soll. In Odenburg von französisch. Kongress teilte mit, daß ein französischer Hauptmann mit 600 Mann bei Houn den Bewohnern von Oude in freies Geleit lieferte. Der Feind verlor 1000 Mann. — Aus der Kronprinzessin Soffian in dem Kalkuttaer Bombenexplosion im Gefängnis erbeutete und bekümmert zum Tode verurteilt wurde. — Ein Mann früh gehängt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein von der Polizei provozierter Zusammenstoß. Budapest, 16. September. Die sozialdemokratische Partei hat heute Abend Versammlungen ab, um den Angriffen entgegenzutreten, die auf dem Rathenstange am vergangenen Sonntag gegen die Partei gerichtet wurden. Nach Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Sozialisten, weil von den Versammlungsteilnehmern angeblich eine Provokation veranlaßt worden sollte. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Mehrere Personen wurden teilweise leicht verletzt, 28 Verhaftungen wurden vorgenommen.

England.

Die industrielle Krise.

London, 16. September. In der offiziellen Arbeitszeitung ist konstatiert, daß in 268 Trade-Unions mit 648 000 zahlenden Mitgliedern im August 59 912 Mann oder 8,9 Prozent arbeitslos waren. Im August des vorigen Jahres waren nur vier Prozent arbeitslos. Sollten die beiden drohenden Riensausbreitungen bei Baumwollspinnern und der Maschinenbauern sich abzuwenden lassen, was sich innerhalb drei Tagen entscheiden muß, würde der Prozent der Arbeitslosen fast noch um das Doppelte wachsen. Im August wurden sich ferner 159 900 Arbeiter unter Verabredungen gefallen lassen; erlöbt wurden nur die Lohn von 400 Arbeitern. Die Abnahme der ausgesetzten Wochenlöhne betrug im August 62 000 Mark.

Türkei.

Der Kampf der türkischen Eisenbahnen.

Konstantinopel, 16. September. Bei der Anatolischen Bahn dauert der Streit an. Beamte und Arbeiter haben die Forderung wegen Quinquennium Entlohnung vollständig fallen gelassen. Währenddessen erwidert, daß der Verwaltungsrat die Forderungen bezüglich des Lohnes nicht heute gelehrt auf der Orientalischen Bahn, sondern den dort drohenden Streit zu verhindern. Der Streikensatz frei dauert ebenfalls an.

Konstantinopel, 16. September. Die streikenden Angestellten der Anatolischen Bahnen haben die Drohung, den Betrieb in die eigenen Hände zu nehmen, nicht durchgeführt. Eine Proklamation des Ministeriums an die Angestellten bezeugt die von der Verwaltung der Anatolischen Bahnen gemachten Zugeständnisse als „nicht zu akzeptieren“ und fordert die Streikenden auf, den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Konstantinopel, 16. September. Die Angestellten der Damaskus gesellschaftlich Bahnen, die bisher dem Ministerium unterstellt waren, verlangen die Übernahme der Verwaltung durch das Ministerium und drohen, falls ihre Forderung nicht erfüllt wird, mit dem Streik. Die Bahnhöfe betreibt eine Damaskusgesellschaft, die in die Bahnen der Anatolischen Bahnen und nach San Sifons. Da sich die Beziehungen der Gesellschaften in den Händen der Verwaltung abwickeln, so ist mit der Gefahr einer vollkommenen Betriebsstörung zu rechnen.

Konstantinopel, 16. September. Die Berichte über eine bevorstehende Ministerkrise erhalten sich. Die Inquiriten mit der augenblicklichen Regierung nimmt zu, so daß die Stellung des Rabinetts Ramiel. Palma erstärkt ist.

Konstantinopel, 16. September. Die Abendzeitung erzählt aus Sofia: Die Bulgaren werden demnächst ihre Unabhängigkeit unter einem König erklären.

Soziales.

Gesundheitsverhältnisse der Zigarrenarbeiterinnen.

1900. Im großherzoglich hessischen Kreis Siegen sind 69,9 Prozent aller erkrankten und 67,7 Prozent aller weiblichen Arbeiter überhaupt im Jahre 1907 in der Zigarrenindustrie tätig gewesen, oder von 2805 bzw. 3240 waren 1902 bzw. 2195 Zigarrenarbeiterinnen. Bei der Bedeutung, die die Frage der Einwirkung der Zigarrenarbeit auf den gesamten und vor allem auf den mütterlichen Organismus hat, verdienen darum die bezüglich den Auslassungen des Kreisgesundheitsamtes Siegen ein besonderes Interesse.

Ueber die Fähigkeit der Mütter, ihre Kinder zu stillen, heißt es in dem Bericht über das Jahr 1906: „Die befragten Gebärmutter haben durchweg keine Beobachtungen gemacht, daß die Zigarrenarbeiterinnen ihre Kinder weniger oft nähren als andere Frauen.“ Am Gegenstand dazu konstatiert aber eine bezüglich durch Umfrage des Kreisarztes und die Aufzeichnungen einer Gebärmutter zustande gekommene Zusammenfassung, die sich auf neun Dörfer erstreckt, daß „von 260 Bauernfrauen 43 = 16,5 Prozent ihre Kinder nicht stillen. Von 108 Zigarrenarbeiterinnen 25 = 23,1 Prozent. Es ist aber zu bedenken,“ fährt der Bericht fort, „daß erstens Zigarrenarbeiterinnen wohl nicht die Unbegünstigten haben wollen, mehrmals täglich die Fabrik zu verlassen, um ihr Kind zu nähren (Stillstuben waren also auch hier das Gebotene. Anm. des Ref.), zweitens unter diesen Frauen sich viele Erstgebärende finden, die aus mangelhafter Vorbereitung der Brust vor der Niederkunft das Stillen sofort aufgeben müssen (Schwindelbildung, Brustentzündung).“

Raffen sich infolge dieser Sachlage in bezug auf die Stillfähigkeit von Zigarrenarbeiterinnen keine einwandfreien Daten gewinnen, so gilt nicht daselbst von den für das Jahr 1907 vorliegenden Befundungen des Kreisgesundheitsamtes Siegen, den allgemeinen Gesundheitszustand und die Tuberkulosehäufigkeit unter der Zigarrenarbeiterin betreffend. Es heißt dort (S. 72): „Abgesehen von 123 Wochenbetten sind in den Jahren 1905 bis Ende 1907 bei 2500 Arbeitern insgesamt 654 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle zur Anwendung gekommen. Die Lungenerkrankungen figurieren mit 7,6 Prozent, die (durch das Rollen der Zigarren verursachten) Handgelenksentzündungen an Zeigefinger und Daumen mit 5 Prozent aller Krankheitsfälle. ... Pernerfenswert ist der offensichtlich hohe Prozentatz, den in erster Linie die Erkältungskrankheiten und besonders die Erkältungen der Respirationorgane einnehmen, und es erscheint kaum zweifelhaft, daß Zigarrenarbeiter mehr als andere gewerbliche Arbeiter diesen Erkrankungen ausgesetzt sind.“

Für diesen Zustand mitverantwortlich gemacht wird der ständige Aufenthalt in warmen geschlossenen Räumen sowie die Bitterungsverhältnisse nicht Rechnung tragende ungewöhnliche Arbeit der dortigen Gegend. „Daß aber dabei noch andere Ursachen und insbesondere wohl die ständige Einwirkung des Tabakstaubes mit in Betracht kommen, dafür sprechen einmal die lange Dauer und Hartnäckigkeit der Stenose und die Stumpfheit und Schwere ihrer Folgeerkrankungen (Lungenkatarrh, Blutstosen, Rippenfellentzündung usw.), dann aber auch zweifellos die in mehr als gewöhnlicher Stumpfheit auftretenden Magen- und Darmkatarrhe sowie die mannigfachen Störungen in der weiblichen Geschlechtsorgane. ... Berücksichtigt man die zweifelsfreie Vorhandenheit der überaus vorzüglich gehaltene amtliche Verdict, der noch ein besonderes Relief gewinnt, wenn wir uns gegenwärtig halten, daß es sich hier um eine vergleichsweise günstig situierte Tabakarbeiterin handelt. Günstig darum, weil Heimarbeit selten ist, weil zu der industriellen Arbeit ergänzend und ausgleichend die landwirtschaftliche tritt und in der Mehrzahl der Fälle der Verdienst in der Zigarrenarbeit nur einen Aufwasch zum Mannesverdienst bildet.“

Neues aus aller Welt.

Berlin, 16. Sept. Der Reichsbahnhof erlitt, wie gestern schon gemeldet, auf dem Wege nach dem Bornstedter Felde über Oranienburg einen schweren Unfall. Eine der am hinteren Ende des Waggons angebrachten beiden Stabilisierungsflächen brach und rief in die Waggonschale ein Loch. Die Bemerkung der Wache, unter der sich auch Major v. Parschall befand, getrocknete augenblicklich die Gefahr und ließ den Ballon sofort niedergehen. Es gelang den Luftschiffern, auf dem Dach des Hauses Trabenerstraße 28 ohne weiteren Unfall zu landen, und auch die drohende Gefahr zu vermeiden, das Dach des Hauses durch das Gewicht des Ballons zu zertrümmern. Verletzt wurde niemand. — Auch der Militärbahnhof des Majors Groß hat auf der Fahrt nach dem Bornstedter Felde mit widrigen Umständen zu kämpfen gehabt, die ihn schließlich nach vor Erreichung seines Zieltes zur Umkehr zwangen. Bei Volante wurde das Luftschiff bereits zum Stillstand gezwungen. 10 Minuten vor 10 Uhr kam eine starke Westbrise auf, so daß der Ballon, der ungefähr 1 Uhr 30 Minuten Sachverreich hatte, nicht mehr von der Stelle konnte. Eine halbe Stunde lang verlor er vergeblich vorwärts zu kommen und kehrte dann um, um gegen 11 Uhr ohne Schwierigkeit in seiner Ballonhülle auf dem Tegeler Schießplatz zu landen.

Berlin, 17. September. Die Besandteile des Vaterländischen Luftschiffes wurden nach gestern nach der Halle der Meteorologischen Studienanstalt gebracht. Man nimmt an, daß der Ballon in längstens 14 Tagen wieder flugbereit sein könnte.

Dessau, 16. September. Wegen schwerer Einbruchsdiebstähle wurden 5 jugendliche Personen, wozu Teil Schüler, verhaftet.

Kaden, 16. September. Dem Echo der Gewerkschaft zufolge sind nach neuer Feststellung bei dem Grubenunfall auf Heder Laura 8 Arbeiter getötet und 14 verletzt worden, unter diesen die meisten schwer.

München, 16. September. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute abend in der elektrischen Unterstation der Anstalt. Der 40jährige Obermonteur Pauer stürzte infolge Ausgleitens auf die Stromleitung, die ihn durch den ganzen Körper ging. Der Mann wurde lebendig verbrannt.

München, 16. September. Der Schriftsteller Konrad Tr. Meibohm, München, ist in seinem neuerkrankten Zustand in Oberriedberg (Unterfranken) vor den Augen seiner Frau in die Transmmission geraten und ins Bett gebracht worden. Er wurde am Kopf, Armen und Beinen schwer verletzt und hat auch einige Rippenbrüche erlitten.

Katzenelnbogen, 16. September. In der Schelde wurde am Dienstag abend ein Boot mit einer stark verrotten Leiche aufgefunden. Es handelt sich um die Ermordung einer Deutschen namens Schmidt aus Saarburg. Unter dem bringenden Verdacht der Täterschaft wurde der Sohn der Ermordeten verhaftet.

Paris, 16. September. Der Gesundheitsrat beschloß, dem Minister des Innern verschiedene Maßnahmen gegen die Choleraepidemie vorzuschlagen. Besonders soll von allen Schiffen, die aus russischen Häfen kommen, ein Gesundheitspaß gefordert werden. Die aus Russland

kommenden Reisenden sollen ärztlich untersucht und eine Seilsang gemacht werden.

Toulon, 16. September. Eine Feuerbrunst zerstörte gestern abend die hiesige große Mühle mit einem Flächenraum von circa 1000 Quadratmetern. Der angrenzende Schaden beläuft sich auf über eine Million Frank. Bei den Rettungsarbeiten wurden mehrere Personen schwer verletzt. Das Feuer entbrannte während der Betrieb vollständig im Gange war. Die Arbeiter konnten nur mit knapper Not ihr Leben retten.

Konstantinopel, 16. September. Ein Großfeuer im Stadtteil Jeddide hat gestern 160 Häuser zerstört. Die Feuerbrunst wird ebenso wie ein vorheriges in Istanbul auszubrechendes Großfeuer, das 30 Häuser vernichtete, auf die Tätigkeit der täglich zunehmenden Brandstiftenden zurückgeführt. Der hauptsächlich von Armeniern bewohnte Stadtteil Jeddide („Schloß der Sieben Türme“) ist im äußersten Süden des alten Stambul gelegen und hat seinen Namen von dem von Mohammed II. im Jahre 1455 auf den Trümmern des alten griechischen Akropolis als Festung erbauten Schloß. Der stark verfallene Bau hat jetzt nur noch vier Türme.

Madrid, 16. September. Nach langer Trockenheit hat seit vier Tagen harter Regen eingekehrt, der große Verheerungen angerichtet hat. Alle Flüsse in der Provinz Toledo und in der Provinz Rioja sind über die Ufer getreten. Mehrere Flüsse sind eingestürzt. Das Wasser führt verendetes Vieh und Mobiliar mit sich. In Castagnon steht ein ganzes Häuserviertel unter Wasser und zahlreiche Gärten sind zerstört.

Salencia, 16. September. Ein hiesiger Zollbrannt, welcher ein Schiff im Hafen unterhalten wollte, geriet mit dem Eigentümer desselben in Streit und erschloß diesen schließlich. Der Mörder wurde von dem ausgerichteten Senat überaus geübelt geurteilt. Ein anderer Zollbrannt wurde bei dem entstandenen Handgemenge gleichfalls schwer verletzt.

Petersburg, 16. September. In Petersburg sind in den letzten 24 Stunden 250 Neuerkrankungen und 64 Todesfälle am Cholera eingetreten. Das Ereignis der Epidemie in den letzten Tagen motivieren die Ärzte mit der Unmäßigkeit im Essen und Alkoholgenuß an den letzten beiden russischen Feiertagen.

Odessa, 16. September. Hier sind die ersten zwei Choleraerkrankungen mit tödlichem Ausgange bakteriologisch festgestellt worden.

Wetterprognose des k. k. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 17. September 1908:

Mäßige südliche Winde; heiter; Temperatur nicht erheblich geändert; trocken.

Wetterbericht von der Wetterkule an der Augustusbrücke am 17. September, mittags 12 Uhr.

Barometer: 756. Veränderlich. Thermometer: + 14 ° C. Thermometergraph: Min. + 10, Maxim. + 14. Hygrometer: 81 %. Wasserstand: - 121.

Dresdner Polizeibericht vom 17. September.

Einen Schlüsselbruch erlitt am Montag auf der Bergstraße eine Frau dadurch, daß sie von einem die nötige Vorsicht außer acht lassenden Radfahrer umgestoßen wurde. Am Donnerstag kam in der Neustadt eine 80 Jahre alte Rentempfangerin beim Verlassen ihrer Wohnung infolge Hängenbleibens mit dem Schwabellager an der Türschwelle zu Falle und brach dabei den linken Unterarm und den linken Oberarm.

Letzte Telegramme.

Die Budgetfrage vor dem Parteitag. Nürnberg, 17. September. (Privattelegramm.) In den heutigen Debatten erhielten abwechselnd ein Befürworter und ein Gegner der Vorhandelsresolution das Wort. Die Debatte verlief zum Teil sehr lebhaft. Fochme legte keine Vermittlungsvorschläge. Gestandete sich gegen die Losung-Kordensland-Bewegung, die inszeniert werde. Ulrich-Offenbach: Die Hessen haben gegen das Budget gestimmt, aber es muß den Funktionen die Entscheidung bleiben. Die Hessen erklären sich deshalb solidarisch mit den anderen Süddeutschen. Westmeyer: Es sei nicht demokratisch, zu erklären, wir nehmen eure Beschlüsse nicht an. Weill: Nürnberg: Die Zustimmung sollte eine Handlung gegen den preußischen Junkerstaat sein. Bettin: Es müßte Klarheit geschaffen werden; wir wollen keine Resolution, die sich wie Sanftmut bejmen läßt. Quark ist gegen die harrische Budgetbewilligung, aber es müßte Freiheit der Entscheidung bleiben. Lenz verteidigt die Leipziger Volksgewinnung und spricht gegen Abschwächung der Vorhandelsresolution.

Weiter sprach Reich-Ansbach, Engler, Freiburg, Haus-Dammmer gegen die Vorhandelsresolution. Jubeil und Lugendburg für dieselbe.

Beendigung des Anstaltens an der anastolischen Bahn.

Frankfurt a. M., 17. September. Der Ausbau an den anastolischen Bahnen wurde, wie die Frankf. Ztg. aus Konstantinopel meldet, gestern abend beendet.

Neue Bandenämper?

Sofien, 17. September. Die Bevölkerung verschiedener Ortschaften, so z. B. von Katalen, Nevolop und Koutif, besagte sich telegraphisch beim hiesigen jugoslawischen Komitee darüber, daß erstens die bulgarische Bevölkerung in Vorbereitung auf neue Kämpfe im Gebirge Übungen mit Waffen macht, und zweitens, daß Sandanowich und Panisak Lesie in der ganzen Gegend Steuern erheben für ihre Komitees.

Abdul Hiss.

Paris, 17. September. Dem Rath wird aus Casablanca vom 15. September gemeldet, daß seit einigen Tagen eine strenge Ueberwachung in der Umgebung der alte Abdul Hiss eingerichtet wurde, angeblich weil sich der Exulant selbst über den Verlauf von Reiserungen seines Mätrins und verlangte u. a., daß das in seinem Dienst verbleibende Gefolge aus 200 Personen bestehe.

Weiternde Matrosen.

London, 17. September. Der Standard berichtet: Ein in Plymouth von einem Kreuzer, der mit Ablösungstruppen nach Australien fährt, angekommener Brief meldet, daß die Schiffe, beladene, vertrieben über die Aufstellung schwerer Waffen zur Nachtzeit die Feuerstellungen an fast allen Kanonen zerstört hat. Der Schaden wird auf viele hundert Tausend geschätzt. Der Kreuzer wurde für einige Zeit unbrauchbar zum Geleite. Der Angewiesene wurde dem Admiral bei der Ankunft in Colombo gemeldet. Daraufhin wurden bis zur Entdeckung der Schuldigen alle Freizeiten der Offiziere und der Mannschaften bejagt.

Das heutige Blatt enthält 20 Seiten.

Wien, 16. September. Türkische Truppen in Bosnien unter dem Oberbefehl Suleimans Paschas manövierten. Sie griffen Suleiman an, der sich gegen die österreichische Garnison um Hilfe bat.

Konstantinopel, 16. September. Der Kuffand des Kurdenuplings Ibrahim wird immer bedrohlicher, die Zahl der entgegengelassenen Truppen ist völlig unzureichend.

Russland.

Ein Spiegelwert.

Petersburg, 16. September. Der hiesigen Geheimpolizei ist Aufhebung einer neuen verbrecherischen Organisation gelungen, aus etwa hundert Studenten und Arbeitern bestand und angeblich Ausführung terroristischer Akte vorbereitete. An der Organisation war ferner ein Beamter des Polizeidepartements beteiligt, dem die Vernehmung des Geheimpolizeisachverständigen oblag. Das Hauptquartier der Verbreiter war eine einfache Vierstube im Zentrum der Stadt, wo im Hinterzimmer 25 Kilogramm Dynamit, drei brauchsfähige Bomben, eine Kammer revolutionärer Literatur und zahlreiche kompromittierende Briefe aufgefunden wurden. Im Zusammenhang mit der Entdeckung der revolutionären Organisation wurden drei sozialrevolutionäre Bezirkskomitees und das Zentralbureau des russischen Eisenbahnerverbandes in der Polizei aufgelöst.

Petersburg, 16. September. In der Nähe des Denkmals Petrus des Großen wurde von Wochensleuten eine in der Nähe schwimmende Bombe aufgelesen, die sechs Bomben enthält. Beim Auspacken explodierte eine Bombe. Es wurde niemand verletzt.

Perien.

Die inneren Wirren.

London, 16. September. Den Times wird aus Petersburg telegraphiert, nach einer dort eingetroffenen Information werde der Kaiser in den nächsten Tagen ein neues Wahlgesetz erlassen und das Parlament einberufen. Falls er dies nicht tue, glaubt die russische Regierung, daß er seinen Thron und sein Leben gefährde.

Wien, 16. September. (Meldung der P. Z.-N.) Während der Revolutionäre neue Befestigungen aufweisen, ist auf der Seite in der Nähe von Tausche und seiner Truppen keine besondere Tätigkeit wahrnehmbar. Im Marsch befinden sich zweitausend Bahnwärter mit sechs Geschützen. Diese Truppenmacht wird gegen die Revolutionäre vorzücken.

Volkswirtschaft.

A. C. Der Arbeitsmarkt in Industriestädten weist im August in Rheinland-Westfalen und in Süddeutschland eine weitere Verschlechterung auf, während in den norddeutschen Orten vielfach eine Besserung eingetreten ist. So ist in Berlin der Andrang am Arbeitsmarkt von 146,4 im Juli auf 133,3 im August zurückgegangen; er ist immerhin noch höher als im August 1907. Auch in den sächsischen Industriestädten hat sich die herbstliche Bedienung am Arbeitsmarkt im August vorbereitet; in P. r. e. s. l. a. u. der Andrang von 232,4 im Juli auf 213,6 im August zurückgegangen; 1907 betrug der Andrang allerdings nur 11,5. In P. r. e. s. l. a. u. trat sogar ein Mangel an Arbeitskräften ein, während sich im Juli noch 112,3 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen meldeten, waren es im August nur noch 8,8. Anstellend ist der Rückgang in S. o. r. l. i. g., wo der Andrang von 106,3 auf 50,9 herabfiel. Im August 1907 hatte 62,2 betragen. In P. r. e. s. l. a. u. und P. r. e. s. l. a. u. trat ebenfalls eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein; in P. r. e. s. l. a. u. ging der Andrang von 192,0 auf 157,8 zurück. Besonders kräftig war der Rückgang in S. a. m. b. u. r. g., wo der Andrang von 237,3 auf 192,0 sank. Im August 1907 hatte er 98,9 betragen. Sehr ungünstig verändert hat sich der Arbeitsmarkt in W. e. s. t. f. a. l. e. n. i. d., wo der Andrang von 158,8 im Juli auf 11,1 im August hinaufging. Von den rheinisch-westfälischen Städten zeigen die meisten eine weitere erhebliche Verschlechterung. In S. i. e. l. e. s. e. l. d. a. g. stellte sich der Andrang im Juli auf 197,5 und ging im August auf 232,0 hinauf. Nicht ganz so erheblich war die Zunahme des Andranges in D. o. r. t. u. n. d. e. s. meldeten sich hier 198,6 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen gegen 184,9 im Juli und 94,4 im August 1907. In P. e. r. f. o. r. d. blieb der Andrang gleich hoch, während er in P. r. e. s. l. a. u., E. s. s. e. n., W. a. r. m. e. n. und P. o. s. t. d. o. r. f. stieg. In W. a. r. m. e. n. ging er von 134 auf 193,5 hinauf.

Parteilangelegenheiten.

Rügen über die Sozialdemokratie.

Aus dem Wahlkreis Remel-Geudert berichtet die freisinnige Presse: In Schmelz bei Remel sei es in einer liberalen Wählerversammlung, veranstaltet durch die Sozialdemokraten, zu hitzerischen Äußerungen gekommen, obwohl der Vorsitzende Redefreiheit zugesichert habe. Die Polizei hätte mit blauer Waffe eingreifen müssen und der Wahl, offenbar schon vor Beginn der Versammlung den in Aussicht genommenen Offizieren gelpendet, hätte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Parteivanke Bertins wäre verschwendet als die Polizei mit den unglücklichen Arbeitern ins Handgemenge gekommen sei.

Es sind das ganz niedrige Verleumdungen, die von dem Blatt des Herrn Schwabach, dem Remeler Dampfboot, verbreitet werden. Tatsache ist folgendes:

Die ungemessen ordinäre Kampfweise des Remeler Dampfboot und die unsagbar niedrige Agitationsweise des Herrn Schwabach, der sich seiner Gegner dadurch erwehren will, daß er zum Dreinhaken aufhorcht, hatten es bewirkt, daß die Arbeiter den Entschluß faßten, mit Schwabach einmal abzurechnen. Es gingen deshalb in die liberale Versammlung in Schmelz, erhellten aber nicht das Wort zur Diskussion. Dafür wurde von den Liberalen die Polizei geholt, die den Saal räumen sollte. Mit blauer Waffe und mit dem Revolver ging man auch tatsächlich gegen die Versammlungssuchter vor und entzündete sie mit Gewalt auf dem Saale. Zu gütlichen Störungen kam es nicht, denn der Rücksicht der Gewissen und dank den Bemühungen des Remeler Vertins, der durchaus nicht ausgetrickelt war, sondern alles aufbot, um einen Sturz zu verhindern. Das ist die Wahrheit über die Vorgänge in Schmelz. Der Herr des Herrn Schwabach ist ein kleiner Mann, der seinen Namen nicht mit dem Namen des Herrn Schwabach verwechseln darf. Er ist ein kleiner Mann, der seinen Namen nicht mit dem Namen des Herrn Schwabach verwechseln darf. Er ist ein kleiner Mann, der seinen Namen nicht mit dem Namen des Herrn Schwabach verwechseln darf.

Die gegen die Sozialdemokraten gerichteten Verleumdungen sind eine solche Unverschämtheit, daß Schwabach sein Meiszen nicht halten konnte, sondern verurteilt wurde. Selbst die agrarische Opre, Hg. erklärt, die Symen in der Schmelzer Versammlung seien eine Frucht der Wahlgen, getragene unerschütterliche Vergebung seitens der Schwabachpartei.

Gemeindevertreter des 8. Wahlkreises.
 Sonntag den 20. Sept., nachm. 3 Uhr, im Volkshaus, Pirna
Gemeindevertreter = Konferenz.

Tages-Ordnung:
 Vortrag des Stadtverordneten Hugo Strüger, Dresden über:
Kommunalpolitik im Schulwesen.
 Das Erscheinen aller Vertreter ist notwendig und Pflicht!
 Der Obmann.

Sozialdemokratischer Verein
 für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.
 Vorstand: Vorsitzender: Dr. H. H. ...
 Schriftführer: ...
 Kassier: ...
 Beisitzer: ...

Gruppe Gorbitz-Pesterwitz-Altfranken.
 Samstag den 19. September, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in Hoffmanns Restauration, Niedergorbitz.
 Tagesordnung: 1. Gemeindefortschritt. 2. Kreisvorstandsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.
 Die Gruppenleitung.

Gruppe Wilsdruff.
 Sonntag den 21. September **Exkursion** nach der Volkszeitung und den Konsumverein Vorwärts. Abfahrt 11 Uhr mittags.
 Umlaufende Beteiligung erwünscht. Die Verwaltung.

Gruppe Plauen.
 Sonntag den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Kleinen Volkshaus, Hofmannstraße 51.
 Tagesordnung: 1. Vortrag von Genossin S. S. über: Partei und Gewerkschaften. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Allgemeines und Freigewähltes. — Zahlreiches Erscheinen ist entgegen.
 Die Gruppenverwaltung.

Papierbranche
 (Deutscher Buchbinder-Verband.)
 Sonnabend den 19. September, abends 9 Uhr
Versammlung
 im Volkshaus am Senefelder, Raulbachstraße 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Starke über: Unfallversicherung.
 2. Gemeindefortschritt.
 Gleichzeitig machen wir die Mitglieder auf die im gleichen Lokal stattfindenden

Branchen-Versammlungen
 aufmerksam. Zielsetzungen sind wie folgt anberaumt:
Druckerei- und Buchbinderbranche
 Montag den 21. September, abends 9 Uhr.
Luxuskarten - Branche
 Dienstag den 22. September, abends 9 Uhr.
 Tagesordnung für beide Versammlungen:
 1. Wie leben wir? Und wie sollen wir leben?
 2. Interne Organisationsangelegenheiten. — Zu jedem Punkt freie Aussprache.
 Die Mitglieder werden ersucht, in den Betrieben eifrig zu agitieren und auf die Bedeutung dieser Versammlungen hinzuwirken, denn nur wenn jeder einzelne nach Möglichkeit für guten Besuch der Versammlungen besorgt ist, kann der Zweck derselben erreicht werden.
 Die Einberufer.

Metalldrücker!
 Sonntag den 20. September, von 4 Uhr nachmittags an
Gemütl. Beisammensein
 bei Kollegen Bär, Restaur. Feldschlößchen, Radis, Feingeh. Straße mit der elektrischen Bahn bis Bahnhof Mieschen fahren.
 Hierzu sind alle Drücker nebst Damen und Familien freundlichst eingeladen.
 Die Branchenleitung.

Arbeiter-Radt.-Verein Birkwitz u. U.
 Sonntag den 21. September im Gasthof Birkwitz
Stiftungsfest
 bestehend in Konzert, Reigen fahren, komischen Pantomimen und Ball.
 Einlass 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Es ladet ergebenst ein Das Festkomitee.

Allg. Mietbewohnerverein zu Dresden.
 Sonnabend den 19. September, nachm. 4 Uhr
Besichtigung der Dükeranlagen

Treffpunkt: Flügelweg, am Elbufer.
 Die Besichtigung endet auf dem rechten Elbufer. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.
 Der Vorstand.
Etablissement Ab 16. September:
Reichskrone Täglich
 Dresden-N., Bischofsweg. **Kabarett-Abende.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Sonntag den 20. September
Herbst-Ausflug.

Mit der sogenannten Semmering-Bahn bis Händchen, Goldne Höhe, dann durch den Pölselwald, Pölselhäuser wld. nach Raitz, daselbst gemütliches Zusammensein und ein Länzchen.
 Treffpunkt: Hauptbahnhof, 1 Uhr 30 Min. Abfahrt mit Sonderzug 1 Uhr 45 Min. Fahrpreis 45 Pf.
 Für die Mitglieder des Plauenschen Grundes Treffpunkt 1 Uhr 45 Min. Bahnhof Postschappel-Birkigt.
 Zahlreiche Beteiligung bei dieser interessanten Partie erwartet.
Die Verwaltung.
 Wir ersuchen die Delegierten, in den Werkstätten für die Partie lebhaft zu agitieren.

Versammlungen.
Parkettleger
 Sonnabend den 19. September, abends 7 Uhr bei Pechfelder, Drechgasse 8.
Stellmacher
 Sonnabend den 19. September, abends 8 1/2 Uhr in Kofis Gasthaus, Freiburger Platz 11.
Bau-Anschläger
 Mittwoch den 23. September, abends 6 1/2 Uhr im Volkshaus, Rügenbergstraße 2.

Bez. Laubegast u. U.
 Dienstag den 22. September, abends 8 1/2 Uhr im Bisnardhaus, Laubegast.
 Die Angehörigen der betreffenden Branchen haben in diesen Versammlungen vollständig zu erscheinen.
 Die Verwaltung.

Vierter Kreis.
 Bezirk: Mickten, Uebigau, Trachau und Kaditz.
 Sonnabend den 19. September 1908
Zwei Lichtbilder-Vorträge
 im Goldenen Lamm in Trachau.
 Nachm. 5 Uhr: Märchenbilder für die Kinder der Mitglieder. Eintritt frei.
 Abends 8 1/2 Uhr für Mitglieder und deren Angehörige: **Eine Wanderung auf Golf von Neapel.**
 Vortragender: Redakteur Fritz Düvell.
 Zahlreiches Besuch dieser Veranstaltungen erwartet.
 Die Verwaltung.

Praktische Arbeit
 leiten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- und Genussmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken „Siegerin“ und „Mohra“
 der beste Ersatz für Naturbutter! — Ueberall erhältlich.
 Alleinige Fabrikanten:
 A. L. Mohr, Akt.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Baubörse Mickten.
 Empfehle meine Lokaltäten einer geeigneten Beachtung. Vereinstimmer noch einige Tage frei. Altbau-Regelbau Hochachtungsvoll A. Mäser.

Restaurant zur Lokomotive
 Güterbahnhofstrasse 22.
 Sonntag den 20. und Montag den 21. September 1908
fidele Hauskirmes.
 Freitag den 18. September: Schlachtfest.
 Hierzu ladet freundlichst ein Maximilian Schöpke.
 Den besten und gründlichsten Unterricht erhalten Sie nur im ersten, dritten und fünften Tanz-Institut Dresden-A., Johannisstraße 2, an der Seestraße, 3. u. 5. Hofpl. — Erfolg überausend. Ungenierte Eingelübten billigst. Hugo Koenocke u. Töchter.

Gasthof zu den Linden * Vorstadt Cotta.
 Jeden Sonntag und Montag **Schneid. Ballmusik.**
 Billigste Tanzlegenheit! Schönster Ausblick auf herrlichen Garten.

E. Schurigs Restaurant
 14 Stiftstraße 14.
Grosser Mittagstisch.
 Freitags: Schlachtfest.
 Verkehrs-Lokal der Modellstecher.
 Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Emil Rißler, Dresden.
 Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
 Druck und Verlag von Raben & Komp., Dresden.

Es gibt nur ein
Dedrophon-Theater
 Wettinerstrasse 34

Streich-Konzert (Einlagen).
 Diese Woche:
Verschwörung.
 Extra großes Programm.
 Sonntags keine Preiserhöhung.



Eine neue Erfindung!
 Wichtig für jeden Radfahrer, Motorrad- und Auto-mobilbesitzer ist
„Permanit“.
 Sie werden Ihre Freude daran haben!
 Verlangen Sie daher umgehend Kaufsunterschied und erläutere Prospekt beim Vertreter: G. Zirnstein, Johann-Georgen-Allee 12, 2.

4. Kreis
 Montag den 21. September abends Punkt 9 Uhr
Vorstands-Sitzung
 bei Mickels.
Bez. Pieschen.
 Die Sitzung am Donnerstag fällt aus.
 Nächste Sitzung am 24. September.

Naturheilverein
 im Plauenschen Grund, G. J.
 Dienstag den 22. September 1908 abends 8 1/2 Uhr
Vortrag
 von Herrn Schriftf. Georg Wagner, Radebeul, über:
Das Geschlechtsleben u. seine Verirrungen. (Sodismus, Mollus, Hysterismus, Homosexualität.) Für Götze 25 Pf. Eintritt.

Constantia!
 Jeden Sonntag
 Großart. Blumenpolonäse.
August Henkes Restaurant
 Wohnstraße 1, Ecke Lorgauer Str.
 Große geräumige Lokaltäten. Angenehmer Aufenthalt. Ausblick auf bester Bier.

Neu eröffnet!
Rasier- und Frisier-Salon
 Dürerstraße 30.
 Unter Aufsicht eines ganz sauberen Bedienungsteams ist eine gütige Unterbringung. Hochachtungsvoll W. Weicker, Preisler.

Wenig Nutzen! Schneller Umsatz!
 Ca. 100 St. herrschaftl. ant. Herbst- und Winterpolen, a 8 Mk., Herbstpolen, 100 St. a 2,50 Mk., usw. auch herrschaftl. ant. Krüge und Schüsseln verkauft.
Central-Bekleidungs-Ges. New York 12

Hüte
 werden schön garniert und Federn gekräuselt.
Outblumen und Federn billig Ida Fleck
 Kitzschbachstr. 14. (Hauptbahnhofstr. 14.)

Der Parteitag in Nürnberg.

3. Verhandlungstag.
Nürnberg, 16. September 1908.
Vormittag.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung von dem gestrigen Wahlsieg in Ludwigshafen-Speyer. (Stürmischer Beifall.)

Die Budgetbewilligung.

Es wird in die Verhandlung der Frage der Budgetbewilligung eingetreten. Dazu liegen vor die Resolution 126 und die Anträge 74 bis 80, die sämtlich mit zur Verhandlung gestellt werden. Der Parteitag hat beschlossen, daß nach dem Referenten Wechsel einem bayerischen und einem bairischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben wird. Es liegt ein Antrag des Genossen Böhle vor:

Nachdem auch die Frage der württembergischen Zustimmung zum Budget in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen ist, auch einem württembergischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben.

Böhle begründet kurz den Antrag.
Der Parteitag stimmt zu.

Beitrag:

Parteiengenossen! Ich hoffe, daß der stürmische Beifall, den Sie der Verkündung des Wahlergebnisses bei der Nachwahl in Ludwigshafen-Speyer gezeigt haben, etwas beruhigend auf unsere Debatten, in die wir jetzt eintreten, einwirken wird, denn das Resultat zeigt uns allen, daß die Partei in glänzender Weise marschiert, aber auch vor allem, daß wir alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit daran zu setzen haben, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe nun 14 Jahre, als ich in Frankfurt a. M. auf dem Parteitag ebenfalls vor der vorliegenden Frage das Wort nahm, ausgesprochen, daß ich nach nie in einer so demütigenden und gedrückten Stimmung die Bühne betreten hätte wie damals in Frankfurt, und ich sage Ihnen ganz offen, es wäre mir der größte Gefallen gewesen worden, wenn wir nicht in die Lage gekommen wären, heute abermals, und zwar zum dritten Male, über diese Frage zu verhandeln.

Ich hatte geglaubt, daß — nachdem in Lübeck mit sehr großer Mehrheit, und zwar unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen — die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft

überflüssig mache, und nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen. Das ist leider nicht der Fall. Vor dem Parteitag in Frankfurt und Lübeck hatte diese Frage in der Parteipresse und Partei kaum irgendwelche große Erregung hervorgerufen. Ganz anders diesmal! Wir sind in Diskussionen in der Presse und in Versammlungen eingetreten, die von einer Erregung Zeugnis abgelegt haben, die man bei dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Wenn man sich fragt, was denn eigentlich die Ursache war, daß von vorne herein eine so mächtige Erregung einsetzte, so muß ich sagen, das war die außerordentliche Lieberzählung, als wir auf einmal erfahren, daß unsere süddeutschen Landtagsabgeordneten in Stuttgart zusammengetreten wären, und sich verständig hätten, für dieses Jahr für das Budget zu stimmen; und da schon Monate über diese Verhandlung verhandelt worden, ohne daß die weiteren Kreise der Parteiengenossen das geringste davon gehört hätten, war die Erregung um so größer. Man war aus diesem Grunde der Meinung, es handle sich hier um eine Art Pronunciamento gegen einen Parteitagbeschluss. Es ist nicht meine Absicht, auf die Diskussion in der Presse und in den Vereinen, die in den letzten Wochen über die hier zur Erörterung stehende Frage stattgefunden hat, irgendwelche einzugehen. Ich möchte dringend bitten, daß auch die Redner nachher das, soweit als möglich, unterlassen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen herüber und hinüber in der schärfsten Weise gesprochen worden ist, daß sehr heftige und — wie ich gar nicht ansetze zu erklären — teilweise sehr ungerechtfertigte Angriffe und Beschuldigungen erhoben worden sind. Wenn wir diese hier zum Wohlstande der Erörterung machen wollten, dann könnten wir wohl die ganzen kommenden Tage noch zur Verfügung stellen, um uns ausschließlich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig!)

Der Lübecker Beschluss war eine Art Kompromiß. Ich halte eine Resolution dort eingebracht, die wesentlich von unseren süddeutschen Landtagsgenossen heftig angegriffen und für unannehmbar erklärt wurde. Wir traten in die Verhandlungen ein, und das Unbefriedigt war, daß ich zu der Lieberzählung kommen mußte, es könnten Fälle eintreten, wo eine strikte Ablehnung des Budgets der Partei zum großen Schaden gereichen müsse, und daß man in solchen Fällen unseren Landtagsgenossen eine gewisse Freiheit der Entscheidung geben müsse. Die Resolution lautete:

In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Berechtigung nicht einzuräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Bestimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und entsprechende Selbständigkeit der Landesorganisation und ihres Vorstandes gegenüber dem Parteivorstande einzutreten.

81. 3. Hamburger Wahlkreis, Distrikt Hamm: Die Disziplinverletzung durch den dritten Hamburger Wahlkreis erbricht in den jüngsten Vorgängen innerhalb der Partei, wie sie bei den Staatsabstimmungen im bairischen, bayerischen und vorher im oberbayerischen Landparlament bei der Abstimmung über ein „geordnetes“ Wahlgesetz zutage getreten sind, das Bestreben einzelner parlamentarisch tätiger Genossen, sich von dem bloßen mit Erfolg beschwerten Gesamtwillen der Partei unabhängig zu machen. Die Bestimmungen in Baden und Bayern lassen erkennen, daß dort Parteigenossen durch vorher möglicherweise handelten den Disziplinbruch vorbereiten und durchgeführt haben. Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten, auf dem Parteitag so zu wirken und zu stimmen, daß den schuldigen Genossen die schärfste Mißbilligung vom Parteitag ausgesprochen wird.

82. Dortmund: Die Generalversammlung erklärt die Zustimmung der bairischen und bayerischen Landtagsfraktionen zum Budget für einen schweren Verstoß gegen die Lübecker Resolution und erwartet, daß der Parteitag zu Nürnberg dieser Resolution eine Fassung gibt, die derartige Vorgänge für die Zukunft unmöglich macht. In dem Verhalten des bairischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstand erbricht die Generalversammlung eine schwere Aufforderung gegen den Geist des Organisationsstatuts, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei auf schwache zu gefährden.

83. Barmer-Elberfeld: Der Parteitag in Nürnberg hält an den ersten beiden Absätzen der Lübecker Resolution fest, wonach das Budget normalerweise abzulehnen ist. Der dritte Absatz ist folgendermaßen zu fassen: Eine Zustimmung zum Etat darf nur erfolgen, wenn unsere Partei in einem Landtage die Mehrheit hat und infolgedessen das Budget ihrem Verlangen entsprechend gestaltet werden kann.

84. Hamburg II: Der sozialdemokratische Verein des zweiten Hamburger Wahlkreises spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg nicht nur den durch Budgetbewilligung begangenen Disziplinbruch bairischer und bayerischer Landtagsabgeordneter scharf rüge, sondern auch Vorkehrungen treffe, die in Zukunft für derartige Verfassungsverstöße eine Verutung auf Parteitagbeschlüsse auch formell unmöglich sei.

85. Berlin I: In Anbetracht
1. daß die Entbilligung der bairischen und bayerischen Genossen ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze ist,
2. daß hier außerdem ein direkter Verstoß gegen eine Parteitagresolution, also ein Disziplinbruch, vorliegt,
3. daß die Geheimhaltung und die Verletzung des Parteivorstandes zeigt, daß sie sich des doppelten Disziplinbruchs voll bewußt waren,
4. daß die Folge derartigen Handlungsweise zur Schwächung der Partei in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht und schließlich zur völligen Auflösung der Partei führen muß,
spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die zuständigen Organisationen allen Disziplinverletzungen ihrer Abgeordneten entschieden entgegenzutreten werden.

Resolution Nr. 126.

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die ausprechen:
daß der Etat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.
Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtstimmungen über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgeführt werden muß, ist jeder gegenständlichen Regierung das Einverständnis bei der Gesamtstimmungen zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung derselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.
Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unerschütterliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.
Die arbeitenden Klassen müssen wieder nachdrücklich darüber aufgeklärt, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Parteiorganisations- und Kontrollkommission.

den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes sehen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise abzulehnen.
Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

In der Rede, mit der ich meinen Antrag begründete, führte ich aus: „Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich — wenn man einen solchen Satz beschließt — fragen muß, wann könnte das wohl sein? So will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht kommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget geflossen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalten wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann eben das kleinere Übel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Am Gothaer Landtag sigen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen Sie an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt. Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen — in Anbetracht ihrer Majorität — das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie auch dem Budget zustimmen.“ Das waren die beiden Fälle, die ich damals für eine Möglichkeit der Zustimmung zum Budget angeführt habe. Nun lagte der dritte Absatz der Resolution von diesen Fällen nichts, weil es überhaupt nicht üblich ist, daß man gewissermaßen Motive in die Resolution aufnimmt, und so konnte ja der Fall eintreten, daß unsere süddeutschen Freunde erklären: Ja, der Satz, wie er hier steht, gibt uns das Recht, auch andere Fälle als gegeben anzusehen und danach zu handeln. Ich will mich für einen Augenblick auf diesen Standpunkt stellen. Ich will annehmen, es soll noch ein dritter, außerordentlicher Fall, an dem wir gar nicht gedacht haben, vielleicht auch nicht denken konnten, vorgekommen sein. Ja, Parteigenossen, denken Sie denn die Gründe, die diesmal von unseren Freunden in Baden und Bayern für die Zustimmung zum Budget als maßgebend etatsiert werden, auch nur irgendwie mit dem dritten Absatz der Lübecker Resolution? Ich bestreite das auf das allerentschiedenste. Wir werden das sofort sehen, wenn wir uns die Gründe, wie sie von unseren Freunden in Baden und Bayern angegeben sind, ansehen. Die bairischen Genossen haben durch den Mund des Genossen Frank erklärt lassen: „Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Etatsgesetz.“ Diese Ablehnung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr wie bisher von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat — wie z. B. im Falle des Eisenbahnbauvertrages — den Grundsatz der Staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und nach ihrer Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte geschädigt hat. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Verlangen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen.“

Parteiengenossen! Als ich diese Erklärung gelesen habe, war ich im höchsten Grade erstaunt, denn ich mußte annehmen, daß nach der Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie an der Handlungsweise der bairischen Regierung geübt hatte, ihr gar nichts anderes übrig bliebe als

ein glattes „Nein“.

(Lebhafter Zustimmung.) Es ist mir schier unbegreiflich, wie man bei einer so scharfen Kritik an dem Verhalten des bairischen Ministeriums gegenüber der Sozialdemokratie und auch sonst dazu kommen konnte, dem Budget ein „Ja“ zu geben. Überall in der Welt, wo parlamentarisch Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als ein Vertrauensvotum für die Regierung, (hört! hört!) und wenn unsere Parteigenossen in Baden geglaubt haben, dieses durch eine Reihe kritischer Bemerkungen abzuwenden zu sollen, so will ich ja ihren guten Willen anerkennen, aber logisch ist ihr Verhalten in keinem Falle. (Sehr richtig!) Der Hauptgrund und sozusagen der einzige im Gegensatz zu den bairischen Genossen, deren Erklärung ich nachher besprechen werde, und die eine Reihe weiterer Gründe anführen, ist für die Badenenser, daß erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne gefordert waren; deswegen stimmte man zu. Nun, Parteigenossen, haben aber die Bayern seit 14 Jahren — so oft die Landtagsperiode wieder kam — regelmäßig gegen das Budget gestimmt, und ebenso die Badenenser — mit Ausnahme des Jahres 1901 — welches Veranlassung gab zu unseren Verhandlungen in Lübeck. Wäre die Auffassung richtig, daß, indem man gegen das Budget stimmt, man damit auch alle Beamtengehälter und Arbeiterlöhne verzweigert, ja, so haben sie das auch schon früher getan. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Dann bitte ich, mir zu erklären, wie man jetzt nach 14 Jahren auf einmal zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt. In jedem Parlament — sogar im deutschen Reichstag — kommt es vor, daß eine Reihe von Forderungen gestellt werden, denen auch wir als Sozialdemokraten unsere Zustimmung geben. Wir stimmen mit Rücksicht auf das ganze System, das der deutsche Reichstag repräsentiert, in der Schlussabstimmung gegen das Budget. Als 1868 in Preußen Herr v. Bismarck Ministerpräsident geworden war mit dem Auftrage, den Konflikt herbeizuführen, erklärte die Budgetkommission des preussischen Landtages, daß sie dem Budget die Zustimmung nicht gebe, daß sie aber damit nicht ausspreche, daß sie im einzelnen die Positionen für die Gehälter verzweigert. Bei uns kommt zu der Sache noch etwas anderes hinzu. Wir sind

prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Aus diesem Grunde sind wir Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, d. h. eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Klassen in einer Weise klar zu machen suchen, die ihnen zum Bewusstsein bringt, daß das unnatürliche, ungerechte, sie schwer belastende Zustände seien, an deren Stelle notwendigerweise andere, gerechtere Zustände zu treten hätten. Aus diesem Grunde können wir prinzipiell einer Regierung, deren Aufgabe es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite aufrecht zu erhalten, unter keinen Umständen ein Budget bewilligen. (Lebhafter Zustimmung.) Das ist die prinzipielle Seite der Sache. Nun steht hier in Frage aber noch etwas anderes. Wie kam es denn, daß die Regierung nicht bloß in Baden, sondern auch in Bayern, auch in Preußen, das nächste Mal im Reich, das übermächtige Mal in Württemberg (zurufe der Süddeutschen; lautst. Der Vorsitzende bittet um Ruhe)... die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erhöhen will? Die Belastung des deutschen Volkes durch den Zolltarif, die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel ist die Ursache. Ich habe den Gewinn für die Agrarier auf 1250 Millionen Mark berechnet — niemand hat mich widerlegt. Heute nehme ich an, daß er eher größer als kleiner ist. Als die Konstellation der politischen Lage es mit sich brachte, daß im Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst wurde und wir zu den Pollenalterwahlen von 1907 kamen, da hat die Regierung, um die kleinen Beamten der Sozialdemokratie absperrig zu machen, ihnen Gehaltserhöhungen ver-

*) 74. Keltom-Beckow und Berlin V: Die heutige Generalversammlung erbricht in dem Verhalten der bairischen und bayerischen Landtagsfraktionen einen Disziplinbruch und erwartet von dem Nürnberger Parteitag, daß derselbe in ganz entschiedener Weise dazu Stellung nimmt.

75. Frankfurt a. M.: Der Parteitag erklärt, daß er die Zustimmung der bairischen und bayerischen Landtagsfraktionen zum Budget nicht billigt und für einen Verstoß gegen den Beschluss des Lübecker Parteitages ansieht.

76. Sorau-Park: Die Generalversammlung des Wahlkreises Cottbus-Fort beurteilt die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesamtbudget des bayerischen und bairischen Staates. Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Resolution des Lübecker Parteitages die volle Wirkung erziele. Um allen parlamentarischen Entscheidungen die nötige Objektivität zu sichern, erachtet die Versammlung den Nürnberger Parteitag, aus der Lübecker Resolution den Wunsch zu freiden, der von einer „Budgetbewilligung aus zwingenden Gründen“ handelt.

77. Berlin III: Die Versammlung des 3. Berliner Wahlkreises beurteilt die längerhand vorbereitete Budgetbewilligung der bayerischen und bairischen Landtagsfraktionen als einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Berufung auf den 3. Absatz der Lübecker Resolution als durch den Verstoß. Zwingende Gründe hat keine der Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Versammlung beurteilt ebenso die Weigerung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei bestellten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen großen Verstoß gegen den Sinn des Organisationsstatuts und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Versammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 3. Absatz der Lübecker Resolution gestrichen wird.

78. Berlin IV: In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung der Einzelstaaten erbricht die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlkreises für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis einen großen Verstoß gegen den Nürnberger Parteitagbeschluss und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochwichtigen Parteidisziplin.

Tiefster Vorwurf bedeutet einen kräftigen Vorstoß der revolutionären Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Annäherung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erachtet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit voller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auf die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des „Vocativs“ als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

79. Berlin V: In Erwägung, daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen genießt; daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Wesen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaates haben, d. h. die vornehmste Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung sind und demgemäß weder die Zeit der Staatsentnahmen noch der Staatsausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverwaltung entsprechen; daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesrats (Umsatz- und Zuckersteuer, indirekte Steuern auf den Massenverbrauch, Lebensmittelpolitik und Liebesgabenpolitik, Militarismus, Maximismus usw.) die Arbeiterklasse aufs ungerechteste und schwerste schädigen; die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichsten politischen Maßnahmen angesehen wird, erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen künftig gegen das Budget stimmen werden.

Die wichtigsten sozialdemokratischen Fraktionen haben sich der Teilnahme an Wählischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

80. Darmstadt: Die im Gewerkschaftshaus tagende Parteiverammlung stellt sich in der Frage der Budgetbewilligung klar auf dem Standpunkt der Lübecker Resolution, worunter sie versteht, daß, wo immer es ohne größere Nachteile für die Gesamtheit möglich ist, gegen das Budget gestimmt werden soll, um den heutigen Klassenverhältnissen unserer Vorkämpfer auszubringen. Nur in ausnahmsweisen Fällen kann dafür gestimmt werden. Dabei ist aber ausdrücklich hervorzuheben, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll.

Die Versammlung fordert deshalb den Delegierten des Wahlkreises Kurmark-Burg-Wehra, Genossen Raab, auf, entschieden für die Zurückhaltung der Lübecker Resolution und für die dem-

Advertisement for various products including 'Heilmann', 'Frisier-Salon', and 'Fleck'.

Der Parteitag in Nürnberg.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Thema (fortgesetzt):

Es hat sich natürlich bei der Frage, wie wir uns bei der Gesamtabstimmung verhalten sollen, eine Rolle. Es ist richtig, daß sich unter dem System Reichstagsfraktionen in Bayern entwickelt haben, die durchaus rüchsig sind. Aber als der neue Minister Reichstagsrat kam — ich liebe keinen Minister, ich stelle nur Tatsachen fest — da waren die alten Zustände nach 14 Tagen beseitigt. Wenn Sie die Verhandlungen gelesen haben, dann werden Sie wissen, daß speziell Genosse Geyg das Verdienst reklamieren kann, daß mit diesen Zuständen aufgeräumt worden ist. Natürlich stehen unsere praktischen Erfolge weit hinter dem zurück, was wir für nötig halten. Die Regierung hat gegen Standpunkt gewährt, aber die neue Ministergarantur hat doch eine andere Position einnehmen müssen als die alte. Es hat nicht genau dieselbe Auffassung wie die der Reichstagsfraktion? Hat diese nicht auch gegenüber einem Vertreters, gegenüber einem Reichstagsrat in der letzten Zeit eine andere Haltung eingenommen als früher? Genau so machen auch wir politische Unterwürigkeit, und wenn wir das nicht tun wollten, wäre das gefährlich für unsere Stellung. Es wird jetzt gewiß über Arbeiterdiplomaten. Das ist ja auch eine Methode mit einer gewissen Aussicht. Wenn ein Arbeiter Kenntnisse erlangt, wenn er unabhängig denken lernt, dann kommen solche Angriffe, dann appelliert man an den Arbeiterinstinkt, um ihn von der Masse zu trennen. Wenn wir Wert darauf legen, immer neue Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, dürfen wir uns nicht an die Formalitäten dieser Formalitäten

hängen; der Fortschritt und das Interesse der Arbeiter muß für unsere Haltung ausschlaggebend sein. Das haben wir uns gesagt. Auf dem Nürnberger Parteitag hat Wibel auf das Beispiel von Gotha hingewiesen und gemeint, wenn wir die Reichstagsfraktion, können wir dem Budget zustimmen. Auch Reichstagsrat hat das als etwas Selbstverständliches akzeptiert. Nehmen wir einmal an, wir hätten im bayerischen Landtage die Mehrheit, dann würde das Budget auch noch kein sozialdemokratisches sein, denn außer uns hätte dann noch die Regierung und die Kammer der Reichstagsfraktion mitzureden. Nehmen wir an, das ist kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere. Die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als die Natur eines vorher zu überschreitenden Staatsbedürfnisses zwingt. Und wenn die Mittel nicht ausreichen, bezieht die Regierung zunächst die Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher oder rechtlicher Verpflichtung beruhen, und dann die, die ihr als die dringlichsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundgedanken Wibel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, würde es mit unserer Vertretung vorbei sein. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß das alte Budget ungünstiger ist, und daß dann die Aufbesserung der Lehrer und Beamten unter den Tisch gekehrt wäre. Die Arbeiter würden das einfach nicht verstehen. Die Reichstagsfraktion würde daraus Kapital gegen uns schlagen. Selbst Reichstagsrat hat auf dem Standpunkt, daß das kleinere Wibel vorzuziehen ist, und wie die Verhältnisse in Bayern liegen, ist es das kleinere Übel, dem wir zugestimmt haben. Reichstagsrat hat sogar den „ernsthaften Wibel“ zu. Das hat mich eigentlich gewundert. Wenn seine Auffassung nach hätte er doch, da er jeden Parlamentarismus beurteilt, auch die ernsthafte Politik beurteilen müssen. (Seitenszeit und Widerspruch)

Die Aufhebung der Lübecker Resolution

Es ist nicht nur die Auffassung von Wibel maßgebend, sondern auch die der anderen Redner. So hat Joss in Gotha Wibel gegenüber dem Standpunkt vertreten, daß man auch, ohne die Mehrheit zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen müsse. Er sagte: „Ich will Ihnen einmal vorführen, was wir bisher hant unserer Stärke erreicht haben: Die Entschädigung unschuldig Verurteilter nicht nur, sondern auch die unschuldig Verhafteten, eine Gewerkschaftsbeamten, eine Erhöhung der Löhne der Tagelohnarbeiter von 1,20 auf 3 M., die in den Etat eingeschlagen ist, die Bewilligung von 2000 M. für das Arbeitersekretariat und jede andere Bedingung als der Lebensnotwendigkeit der unschuldigen Verurteilten durch einen Regierungsdirektor. Wir haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unter Hofpräsident geworden ist und obwohl er gegen die Regierung gewählt wurde, sofort befristet worden ist. Nicht eine einzige Verurteilung mehr wird von der Polizei überboten, alles jugendliche, weil man wußte, daß nur eine so starke Macht hat. Derselbe ist der Etat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Vorbereitung ist. Wenn wir nun zu jenen Wählern kommen und sagen würden, das alles haben wir erreicht, aber dem Parlament haben wir unsere Zustimmung verweigert, glauben Sie, daß unsere Wähler das begriffen hätten?“

Interessant ist es, daß nach Joss eine große Anzahl von Rednern gesprochen hat, darunter Wibel und Wurm, daß ihm aber kein einziger entgegengetreten ist. Warum wird also nicht dem Etat zugestimmt? Dazu kommt noch ein anderes. Die Gothaer Genossen haben tatsächlich die Hände gebunden, sie haben dem Etat zugestimmt, aber keiner hat sich darüber ausgesprochen. Da kann man sehen, wie ein Minister sich geschmeichelt wird. (Sehr richtig!) In die Resolution des Reichstagsrates hat man eine Mißbilligung der süddeutschen Genossen hineingeschoben. Württemberg, Bayern und Baden sind verurteilt worden, aber Gotha und Gotha hat man unbeschädigt gelassen. Weyer hat erklärt, daß die süddeutschen Abgeordneten wieder aus tatsächlichen noch aus prinzipiellen Gründen dem Budget zugestimmt haben. Aber zugestimmt haben sie. In Dresden hat Wibel gesagt, wie er über die denkt, die es nicht wissen, wie sie im entscheidenden Moment zu handeln haben. Es ist charakteristisch, daß die Sachen, die bei weitergeschrittenen Ereignissen geschaffen haben, die nicht wissen, was sie tun, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. (Sehr gut! Partei und Anrede.) Es wäre Pflicht des Parteivorstandes und der verantwortlichen Parteiobergenossen, nach dem ersten Sündenfall in Gotha einzutreten. Wenn die Frage die Bedeutung hat, die man ihr beimisst, dann hätte man damals schon in Gotha ein Beispiel statuieren müssen. Die Resolution des Parteivorstandes enthält eine Mißbilligung.

Im vorigen Jahre hat Württemberg gefündigt, aber es hat Gnade gefunden vor den Augen des Herrn. (Welterheit.) Unsere württembergischen Genossen haben dem Budget aus den gleichen Gründen zugestimmt wie wir. Das geht aus dem Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion deutlich hervor. Der Internationale Kongreß hat nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, und ich muß erklären, daß wir uns an einer solchen Kongresspolitik nicht beteiligen sollten. Wir haben und bei unserer Zustimmung zum Budget von politischen Rücksichten im Interesse der Partei, im Interesse der Arbeiter, im Interesse der Arbeiterklasse feilen lassen, nicht aber von anderen Gesichtspunkten. Wir müssen auch die Verhältnisse berücksichtigen, mit denen wir in Bayern zu tun haben; hier be-

stehen die christlichen Organisationen der Eisenbahner, des Postpersonals und der übrigen christlichen Organisationen, in denen Staatsarbeiter organisiert sind. Die christlichen Kattoliken sind uns immer nachgefahren nach unseren Versammlungen und haben dargelegt: Ja, die Sozialdemokratie ist zwar diejenige, die im einzelnen etwas gibt, aber im großen Lehnt sie ab. Wenn wir die gesellschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern für die Sozialdemokratie gewinnen wollen, dann darf es und nicht gleichgültig sein, bei dieser rein formalen Sache und bei der Gewinnung neuer Anhänger zu scheitern. Wibel wirft heute die Frage auf, was entscheidet?

Die Sozialreform oder das Endziel.

und er stellt sich auf den Standpunkt, Kleinliche Konzessionen dürfe man nicht machen. Aber so ist die Frage nicht zu stellen! Führt nicht eine durchgreifende Sozialreform zum Endziel? Wenn die Frage ist, ob wir auf diesem wichtigen sozialen Gebiete irgend etwas vernachlässigen dürfen. Auf dem Nürnberger Parteitag hat Wibel der Arbeit der bayerischen Genossen Lob gespendet. Er hat erklärt, daß wir mit unserer Haltung zur Sozialreform das Beste getan haben. An solchen praktischen Fragen läßt sich unser Standpunkt deutlich klar machen, läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Unterdrückten zu helfen. Auch Reichstagsrat hat seinezeit bei der Auslegung des zweiten Teils unseres Programms gesagt, man solle sich nicht in das Volkstumsstudium des Futurismus flüchten, sondern im Gegenwartsstudium mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln für uns Vorarbeiten herauszuschlagen suchen. Es ist bei uns in der Partei ja, wenn wir unser Verhalten vertreten, ist immer gesagt worden, wir hätten unseren Standpunkt gewandelt und lieber muß man sich mit Plänen hervorragender Menschen befassen. So hat Wibel zum Beispiel vor zwei Jahren, am 17. Mai 1898, auf dem internationalen Kongreß in Paris, gesagt:

„Es ist eins der wichtigsten Symptome für den Gang unserer Entwicklung, daß man heute die Frage einer internationalen Arbeiterkongressfrage erörtern muß. Vor noch kaum zwei Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programm Verhandlungen zu eröffnen. Die Arbeiterbewegung beschäftigt sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Zielsetzung der prinzipiellen Fragen lagte die Meinung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür stehe. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft für den Augenblick noch widerstandsfähig genug besteht, um sich aufrecht zu erhalten, und daß andererseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erfaßt sind, um die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft herbeiführen zu können. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was gleich geschehen soll, um unmittelbaren Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund, und sie haben dazu unfähig ein Recht, als sie die Kräfte besitzen, die Arbeiter mehr und mehr in die sozialistische Strömung zu ziehen und dem Sozialismus die Wege zu ebnen.“ (Hört, hört!)

So bedenken sich unsere Gründe vollständig mit dem, was Wibel sagte. So hat die bürgerliche Gesellschaft auch heute noch Widerstandsfähigkeit genug, liegt es heute nicht so, daß wir nicht die geeignete Macht besitzen, und daß wir mit allen Mitteln der Kraft die Arbeiterklasse stärken zu suchen müssen? Diese Ausführungen von Wibel waren nicht etwa eine Entgegnung, sondern systematisch verfaßt er diejenige Gedanken weiter. In Halle sagt er: „Das Vertrauen der Arbeitermassen haben wir nun, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht auf die Zukunft des sozialistischen Staates bezirren, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon heute nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit es auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglich ist, zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets geblieben und müssen uns ferner behaupten, wenn wir als Partei überhaupt bestehen können.“

Dieser Gedanken hat er systematisch weiter gesponnen auf dem Parteitag in Erfurt:

„Wir wissen, daß wir all die Hunderttausende zumeist nicht befrähig haben, weil sie sagen, daß die Sozialdemokratie ist nicht unser Ziel, nicht darum streben sie sich uns an, sondern sie fordern: Unsere Partei ist die einzige, die für die arbeitenden Klassen eintritt.“

„Und sind sie erst zu uns gekommen“, sagt Wibel, „dann ist es selbstverständlich, daß sie, die anfangs nur in Hoffnung auf Vorteile und vielleicht aus nebenstündlichen Ursachen sich schon angegeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, daß sie schließlich ganz sozialdemokratisch sind. Mit den wenigen, die sich klar sind, Staat und Gesellschaft zu erobern, ist das eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, dann sind Sie nichts als politische Toren.“ (Hört! hört!) Das sage nicht ich, sondern immer wieder unser Genosse Wibel, und ich sage, daß die Fragestellung Sozialreform oder Endziel ganz verkehrt ist, sondern logisch muß es heißen:

Durch die soziale Reform zum Endziel!

(Sehr richtig!) Durch die Gewinnung der Massen zum Endziel! Die Massen müssen gewonnen werden dadurch, daß wir systematisch, praktisch für sie tätig sind, und diese systematische, praktische Politik haben wir getrieben, ohne daß wir das Endziel verstanden haben. Es soll einer auftreten und uns anfragen, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit den sozialistischen Standpunkt vertreten haben. (Sehr richtig!) Jetzt soll nach Karl Kautsky die Budgetbewilligung eine Anerkennung des Klassenstaates sein. Das verziele ich nicht recht. Ich muß vielmehr in solchen Dingen nicht so beschlagen sein. Den Klassenstaat müssen wir doch anerkennen; er ist doch da. (Sehr gut!) Ich muß die Wauer anerkennen, die da ist. Der Begriff ist — m. E. — nicht ganz richtig konstruiert. Man macht denn die Formel noch weiter und sagt: Ja, zwar Württemberg am Parlament, zwar Wahlen; man hat vollkommen den früheren anarcho-sozialistischen Standpunkt aufgegeben und angeblich bekämpft man auch jetzt den sogenannten anarcho-sozialistischen Standpunkt. Aber das muß ich sagen, Klarheit besteht nicht in den Ausführungen, die A. Wibel in der „Neuen Zeit“ entwickelt hat. Schon dadurch, daß wir in das Parlament einzutreten, erkennen wir doch den Klassenstaat an. (Sehr richtig!) Das läßt sich doch absolut nicht bestreiten. Wir sollen doch nicht bloß regieren, protestieren, sondern auch praktisch arbeiten. Der Standpunkt des reinen Regierens ist aufgegeben worden, und da muß man sich doch die wirkungsvollste politische Kraft sichern, und man muß sich nicht an formalistische, kleine Gründe halten, sondern da müssen wir auch die Konsequenzen ziehen, die wir a. B. wie die Württemberg, Bayern, Gotha, Weimar usw. gezogen haben. Das ist unter den gegebenen Verhältnissen notwendig. Will man das Gegenteil, dann soll man offen und klar auftreten. (Sehr wahr!) Dann soll man keinen Tisch machen, dann soll man sagen: Der bisherige Standpunkt der Partei ist nicht aufrecht zu erhalten, und dann soll man — und die ganze Art scheint darauf hinauszuweisen — den tabulierten Standpunkt vertreten und soll sagen:

Oegen jeden Parlamentarismus!

(Stürmische Zustimmung der Süddeutschen.) Das ist die einzige logische Konsequenz. (Zuruf: Da geht es auch hin!) Und ich habe das Gefühl, wenn ich die Tatsachen heranziehe, es steht eine große Anzahl von Parteigenossen, die 1890 und 1891 gegen die sogenannte Unabhängigkeitsbewegung getreten haben, auf demselben Standpunkt, den damals die Unabhängigen eingenommen haben. (Reifste Zustimmung der Süddeutschen.)

So liegen die Dinge in der Praxis. Und da sagt Kautsky: Wir dürfen dem Klassenstaate keine Mittel bewilligen! Ja, was macht denn unsere Reichstagsfraktion? Wie steht denn die zu den einzelnen Etatspositionen? Genosse Singer, der nicht im Verdacht steht, irgendwie rechts oder links zu tanzen, sondern der gerade durch geht, hat am 19. Januar den Standpunkt vertreten, für eine vernünftige Gestaltung der Erbschafts-, Reichseinkommen- und Vermögenssteuer würde er die Hand bieten. Wibel hat wiederholt der Klassenregierung Mittel angeboten. Sie wissen, daß feinerzeit in der Auseinandersetzung mit den Unabhängigen eine breite Debatte eingenommen seine Handlungsweise am 25. Juni 1890 im Reichstagsrat, wo er sich bereit erklärte, für raudelose Pulver und bessere Uniformen Mittel zu bewilligen (Hört! hört!), „weil“, sagte er, „ich überzeugt bin, daß in Wahrheit eine produktivere Ausgabe nicht gemacht werden kann“. Und als er sich den Unabhängigen gegenüber in Halle zu verteidigen hatte, da sagte er: „Wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kenntnisse eine braueme Botschaft für die Feinde werdet, habe ich damit indertwas getan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? Denn habe ich nichts weiter getan, als meine Bereitschaft erklären, dafür zu sorgen, daß im nächsten Jahre nicht Tausende unserer Genossen durch die Ungeschicklichkeit der Regierung wertlos auf die Schlachtfelder geführt werden.“ (Hört! hört!) Ferner sagte Singer am 19. März 1908 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer tatsächlichen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unserer Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Singer hat die Bereitwilligkeit erklärt, zwei Millionen für Reppellin zu bewilligen (Hört! hört!); er hat dabei ausgeführt: „Wir sind der Überzeugung, daß, wenn auch vorläufig überwiegen militärische Zwecke mit dem Aufschiff verbunden sind (Hört! hört!), das Werk Reppellins über den militärischen Zweck hinaus wissenschaftlichen und Verkehrszwecken dienen und damit zu einem Kulturwerk für die ganze Welt werden wird.“ Also keine Rede von dem nur herneinenden Standpunkte, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen. Und der Genosse Wibel! In der Reichstagsfraktion vom 3. Februar d. J. wurde die Frage, unter welchen Umständen die Sozialdemokratie im Reichstagsrat den Etat bewilligen würde, von ihm in folgender Weise beantwortet. Die sozialdemokratische Partei hatte beantragt, die Lösung der Mannschaften zu erhöhen, und Graf Crotta sagte darauf, das sei rein kapitalistisch, die Sozialdemokratie lehne ja doch schließlich den Etat ab. Darauf antwortete Wibel: „Wenn Sie für dringende und notwendige Ausgaben Einnahmen in einer Form beantragen, die unsere Billigung findet, so werden wir für sie stimmen.“ Und unter „Hört! hört!“ und Heiterkeit fuhr er fort: „Jawohl, wir werden aber niemals einem Etat unsere Zustimmung geben, der in der Hauptsache Einnahmen aus Lebensmittelpreisen und indirekten Steuern auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse enthält (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten — für einen solchen Etat wird niemand von der sozialdemokratischen Partei eintreten können und eintreten dürfen bei Strafe der Verurteilung durch die Wähler.“ (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Wenn Sie also in anderer,“ sagt Wibel, „gerechter Weise, einerlei ob im Wege einer Einkommen-, Vermögens- oder Erbschaftsteuer, mit einem Worte im Wege einer direkten Steuer, so daß auch den reichen Leuten empfindlich gemacht wird, was der Militarismus dem deutschen Volke kostet, wenn Sie auf diese Weise die Kosten des Reiches für Militärzwecke aufbringen wollen, werden Sie stets unsere Unterstützung finden.“ (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich habe vorausgeschickt, daß dies nichts Neues, daß es immer Tradition der Partei gewesen ist. Aber wenn Karl Kautsky sagt, wir dürfen dem Klassenstaat überhaupt keine Mittel bewilligen, so bemerke ich, daß der Standpunkt, den Kautsky als theoretischen bezeichnet, weit entfernt ist von der praktischen Haltung unserer Partei. (Sehr richtig!) Damals hat der „Vorwärts“ einen Bericht gebracht, in dem er Wibel sagen läßt: „Dann werden wir auch für den Etat stimmen.“ Es hat damals keine Entrüstung in der Berliner oder sonstigen Arbeiterklasse gegeben. Man hat diesen Standpunkt offenbar für ganz richtig gehalten. Auch hier der praktische Wibel gegen den theoretischen Kautsky. Kein Wort davon, daß dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Existenz verweigert werden sollten! Und heute tritt man auf und nimmt uns gegenüber einen ganz anderen Standpunkt ein!

Als Vertreter des Volkes im Parlament müssen wir das Vertrauen beantragen, nach bestem Wissen und können die Interessen der Wähler zu vertreten. Unsere Fraktionen können nur als Repräsentanten selbständiger Männer wirken, während jede Direktive von außen ihnen den notwendigen Einfluß und die notwendige Bewegungsfreiheit nehmen müßte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Entweder

eine selbständige parlamentarische Vertretung

oder keine! (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Damit steht noch nicht im Widerspruch, daß die parlamentarischen Vertreter sich auszusprechen haben und daß sie unter den Kontrolle ihrer Wähler und der zuständigen Organe, die dafür geschaffen sind, aber wenn sie wirken wollen, dann darf die Einwirkung nicht in der Weise geschehen, wie sie von dem verantwortlichen Organ der Partei erfolgt ist. Parteigenossen! Wenn Sie eine Direktive schaffen wollen, die dahin gehen soll, daß die parlamentarischen Vertreter in irgendeiner Weise in ihrer verantwortlichen Stellung eingeschränkt werden sollen, dann sage ich, gleichviel in welcher Form es geschieht, es ist unannehmbar. (Reifste Zustimmung der Süddeutschen.) Persönliche Verteidigung mit allen Parteigenossen, ein beschließendes Instruktionen, Vertändigung in logischer Weise — aber

keine Herrscher und Beherrschten!

(Reifster Beifall der Süddeutschen.) Kein Einfluß, gleichviel von wem er aus sei. Dagegen werden wir uns auch aus demokratischen Gründen auf äußerste und entschiedenste wenden. (Stürmischer Beifall der Süddeutschen.) Der verstorbenen Dreßbach hat unmittelbar nach Wibel die Unterstellung, als ob seine Fraktion durch den Parteitag gezwungen gegen das Budget stimmen werde, im babilonischen Landtage mit Entrüstung zurückgewiesen. Dreßbach hat damals namens seiner Fraktion erklärt, sie würden kein Mandat annehmen, für das sie eine Direktive von außen bekämen, noch einen Beschluß fassen, der gegen ihre Überzeugung sei. Unter der ganzen Fraktion war damals auch der Parteigenosse Adolf Ged. (Hört! hört!) Wie alle stehen auf demselben Standpunkt, und dieser Standpunkt liegt im Interesse der Partei und im Interesse der Arbeiterklasse. Er steht auch nicht im Widerspruch mit der Theorie des Klassenkampfes. Wir wollen die politische Macht erobern. Schon in der Latitz-Resolution des Erfurter Parteitag wird sehr betont, die Eroberung der politischen Macht kann nicht das Werk eines Augenblicks, die Frucht einer momentanen gelungenen Ueberwindung der Gegner sein, sondern ist nur durch ständige und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda unserer Ideen bieten, zu erlangen. Wer sich zu diesem Grundgedanken bekennt, muß seinen politischen Einfluß einsehen. Er muß daran arbeiten, daß von innen heraus schon eine Umgestaltung des Klassenstaates stattfindet. Ich habe früher auch auf einem anderen Standpunkte gestanden, habe die Resolution auf dem Frankfurter Parteitag mit unterschrieben. Das kann man mir doch aber nicht zum Vorwurf machen. Auch Braun, der auch in Berlin war, hat sich in Württemberg

Überzeugen müssen, daß der Standpunkt falsch war. Auch Kueß hat mit unterschrieben und bei den härtesten Standpunkt eingenommen und hat diesen Standpunkt dann geändert. In Dresden heißt Debel sich, daß in Frankfurt die härteste Rede gegen Vollmar hier gehalten hat. „Nein,“ meinte Debel, „würde er diese Rede wohl nicht mehr halten,“ und Auer sagte dazu, „sehr richtig!“ Also Auer, der doch ein tüchtler Kopf war, und dem Sie doch das Zeugnis ausstellen müssen, daß er wußte, was er wollte, hat diesen Standpunkt nicht mehr aufrecht erhalten können. Und Parteigenossen, aus der Erkenntnis der Verhältnisse habe auch ich nicht mehr aufrechterhalten können. Da ist das eine Sache der politischen Ehrlichkeit, daß ich das hier erkläre. (Beifall bei den Süddeutschen.) Es wird jeder seinen Standpunkt in diesen Dingen ändern können, und wenn ich das tue, so vermehre ich mich dagegen, Partikularkritik in irgendeiner Weise zu sein. Ich wüßte nicht wie und ich wüßte nicht wo. Unter solchen Umständen, wie sie in Bayern liegen, gibt es nichts anderes, als den Standpunkt, den wir eingenommen haben. Die vom Parteivorstand eingebrachte Resolution ist für uns

einmal unannehmbar.

Ich gehe ganz von der unbilligen Form ab. Eine Mehrheit kann nicht überzeugen, sie kann jenen: Gute Gründe erkennen wir nicht an, wir müssen sie misshandeln. Das begreife ich, aber die Resolution enthält Worte, die inhaltlich unbillig sind. Sie kann nur so aufgefaßt werden, daß die Sozialdemokratie nur dann, wenn sie die Mehrheit hat, einen Entschluß fassen kann. Nehmen Sie folgenden Fall: Es gelang uns in Bayern, eine große Anzahl von Forderungen durchzusetzen, für deren Abklärung wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Aus müssen wir doch wissen, wie unsere Gegner stimmten. Wir haben die größten Schwierigkeiten mit den Landverbänden, nach deren Meinung die Arbeiter schon jetzt erhalten. Die könnten beschließen, gegen das Budget zu stimmen, um die Ertragskraft für die Arbeiter zu Fall zu bringen. Sie würden sich sagen: Die Sozialdemokraten müssen mit uns stimmen, sie sind doch an Nürnberg gebunden. Können Sie uns in so unzulässiger Weise binden? Und würden wir wirklich dafür stimmen, dann würde — es wird ja nicht geprüft; man läßt den Genossen nicht mehr zum Worte kommen, es wird gleich verurteilt von dem Parlament, wo doch Leute mit juristischer Bildung sitzen, die eigentlich wissen müßten, daß man erst den anderen Teil hören muß — dann würde man uns also Parteifreunde und Jähmünder nennen, und wir hätten wieder einen Grund. Diese Sache machen wir nicht noch einmal mit. (Beifallige Zustimmung bei den Endgebildeten.) Deshalb ist diese Resolution für uns völlig unannehmbar. Der einzige Weg, auf dem wir uns finden können, ist, daß Sie in lothaler Weise die Lüderer Resolution auslegen. Sie müssen deshalb von dem Verlangen der Unterwerfung und von der ewigen Resolutionsmacherei, die nur immer zu neuen Schwierigkeiten führt, ablassen. Wir müssen endlich zum gegenseitigen Vertrauen kommen, das Vertrauen in der Partei ist viel wichtiger als alle Resolutionen. (Zustimmung.) Sie dürfen die Sache nicht vom Standpunkt der Herrschenden aufpassen, sondern müssen uns als gleichberechtigte Körperschaft betrachten. Es darf bei uns nicht alles nach augenblicklichen Stimmungen gehen, sondern, wie der aber der aufgelöst ist. Unsere Politik geht ja auch heute nach den Stimmungen, die hier und da herrschen, die ganzen Debatten entscheiden dadurch, daß man irgendwelche unverantwortlichen Dinge der Streikfrage angehängt wird, und dann haben wir den Parteirat, heute wegen der Budgetfrage, morgen wieder wegen der Anstaltensfrage, einer Gewerkschaftsfrage oder der Meinerlei. Und das alles in so beschämter Form, daß dagegen keine Resolution fassen kann. — Die Dinge werden erst anders werden, wenn wir gegenseitig Vertrauen haben. Nichts hat in dieser Art mit Recht gesagt: „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel. Der beste Beweis für die Richtigkeit der Taktik ist hier erbracht und unsere Taktik hat sich bereits bewährt.“ Die Vorkonvention stellt man als etwas besonderes betrachtet hier, während sie doch nur eine Sache ist, die wir wie das Votieren für den Freihandel dem Liberalismus entlehnt haben. Nein, sie ist nichts Stabiles, sie ist einfach

eine Frage der Taktik.

(Sehr richtig!) Das hat auch Genosse Debel in Frankfurt geäußert, als er sagte: Man kann sehr wohl, das verheißt ich, zu der Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage des Prinzips handelt. Haben wir doch in Sachsen ursprünglich eine andere Taktik geübt als gegenwärtig. Und im übrigen hat sich auch die Genossin Zellin namentlich auf dem Standpunkt gestellt, daß es sich um eine taktische Frage handelt. Taktische Fragen aber entscheidet man nur nach ihrer Zweckmäßigkeit. Darauf legt man sich nicht fest und läßt sich nicht darauf festlegen, sondern man überläßt noch im Interesse der Arbeiterklasse für die Partei völlig sein will. (Sehr richtig!) Die Befassung der parlamentarischen Tätigkeit in den einzelnen Landesstellen muß man der zuständigen Landesorganisation überlassen. Sie allein verfügt über die nötige Kenntnis der Verhältnisse. Der Parteirat sollte sich darauf beschränken, Ratschläge zu geben. Ich bin selbst dafür, daß wir alle im engen Kontakt bleiben, und wenn der Parteivorstand seine Tätigkeit für die Partei ernst aufnimmt, so soll er ein Interesse daran haben, sich über die Taktik in den verschiedenen Landesstellen zu informieren. Eine solche freundschaftliche Fühlung ist sehr wünschenswert und viel wichtiger als eine Resolution. Ich bin gewiß kein Partikulärpartei, die Sache ist ja beinahe ins Lächerliche gezogen worden. Ich habe in meiner Tätigkeit in Preußen so viel erfahren, daß ich mich die große Opferwilligkeit unserer norddeutschen Genossen anerkenne. Obwohl die deutschen Genossen auch Opferwillig sind, habe ich den bayerischen Genossen öfter die Berliner als Hüter der Opferwilligkeit vorgehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß die Norddeutschen unter schwierigen Verhältnissen arbeiten, aber auch an der Berliner Tätigkeit gefällt mir manches nicht. Als z. B. bei dem Landtagswahlkampf von gewisser Seite von Schulprek und Steuererhöhung gesprochen wurde, da habe ich doch einige Forderungen darüber gemacht. Ich habe das Gefühl, daß vielleicht doch eine andere Taktik hätte herauskommen müssen, aber ich möchte mir darüber kein unbilliges Urteil aus. Reiter von uns hat es für angebracht gehalten, die Berliner wegen ihrer Tätigkeit irgendwie anzuzureifen. Aber auch die Berliner Genossen müssen lernen, daß bei der Belästigung der Verhältnisse in den verschiedenen Staaten mit ganz anderen taktischen Mitteln gekämpft werden muß. Sie tun unserer großen Sache einen viel besseren Dienst, wenn Sie, was an demokratischen Erzeugnissen in den Süddeutschen Staaten erzeugt ist, auch für ihre Staaten durchsetzen. Sie sollten es nicht machen wie Kantatz, der vielleicht in der besten theoretischen Meinung von oben herab über die süddeutschen Erzeugnisse geurteilt hat, als ob das gar nichts wäre. Wenn die Aufklärung der politischen Gemütsbildung im Süden die richtige wäre, dann hätte ja der Junfer Clemen in Preußen und der Vobst in Sachsen recht, wenn sie sich gegen die politische Freiheit wandten. Unsere Parteimitglieder im Süden haben doch dazu geführt, daß der Staatsschutz im Süden land vertrieben worden ist. Die Parteilichkeit der preussischen Junfer würde ohne diese Erfolge viel weiter gehen. (Sehr richtig!) Auf demselben Standpunkt steht Debel, den ich hier wieder gegen Kantatz anspielen muß. Am 22. März hat Debel im Reichstage erklärt, Dulow sei kein Staatsmann, aber Prinz Ludwig von Bayern sei ein Staatsmann. (Beifall.) Am 24. März sagte Debel, ohne Preußen wäre Deutschland das fortgeschrittenste Land der Welt. (Große Beifall.) Wenn das richtig ist, muß Ihre Partei, wenn sie nur zu kommen, sie müssen mit uns zu einer Verhandlung kommen. Im Wahlrechtvertrage sind uns auch große Schwierigkeiten durch die Haltung des Norddeutschen ge-

schaffen, die unsere Haltung nicht verstehen konnten. Damals hat man uns immer den demokratischen Vebel vorgehalten. Alle diese Umstände sollten zu einer ruhigeren, vernünftigeren Beurteilung der Sachlage zwingen. Aus unserem Erfolge geht doch klar hervor, daß auch wir etwas vom Sozialismus im allgemeinen und auch etwas von den Bedingungen des politischen Kampfes im besonderen verstehen. Wir können und daher nicht Ihren Willen zum Schaden unserer Bewegung aufzugeben lassen. Eine Resolution, wie Sie sie uns vorschlagen, würde — ich spreche das in aller Ruhe aus — für uns unannehmbar sein. Hier gibt es

keine Unterwerfung,

sondern nur den entschiedensten Widerstand. Wir hoffen aber, daß Sie es nicht bis zum äußersten kommen lassen werden. Unsere Erklärungen werden Ihnen eine andere Kenntnis von den Dingen geben haben. Sie dürfen sich in diesem Augenblicke, wo es sich um die fernere Gefährdung der Partei handelt, nicht darauf freuen, daß Sie bereits gebunden sind. Sie müssen als freie Sozialdemokraten handeln und den Mut haben, Ihre, nach reifer Erwägung genommene, vielleicht anders als bisher geartete Beurteilung der Streitfrage vor Ihren Genossen zu vertreten, wenn Sie der Wahrheit einen Dienst leisten und wenn Sie den mutwillig herausbeschworenen Parteifreit (große harmische Unruhe; Sehr richtig!) bei den Süddeutschen (mit erhobener Stimme) ... den mutwillig herausbeschworenen Parteifreit (harmischer Freifall bei den Süddeutschen; erneuter harmischer Widerspruch) und den damit begangenen Fehler wieder gutmachen wollen, — das sage ich in aller Ruhe — dann legen Sie die Partei keiner Kräfteprobe aus, vertrauen Sie vielmehr uns, wie wir Ihnen vertrauen, daß wir, wie Sie, das Beste der Partei im Auge haben, und daß ein jeder in der Partei am besten die einzelnen tatsächlichen Maßnahmen kennen und treffen wird, die unserer gemeinsamen großen Sache dienen sollen. (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Anhängern der Parteivorkonvention und einem Teile des Publikums.)

Singer: Ich bin jetzt in der Lage, dem Parteitag Mitteilung zu machen von dem zahlmäßigen Resultat der gestrigen Wahl im Wiener Landtag. Unter hat 21.837 Stimmen bekommen, der bürgerliche Kandidat Wühl 12.607. (Beifalliges Bravo.) Die Sozialdemokratie hat mehr als 3000 Stimmen gewonnen, der Bloß 1000 verloren. (Erneut lebhaftes Bravo.) Hierauf wird debattiert beschlossen, von dem für Donnerstag nachmittag geplanten Ausflug in die Französischen Schweiz Abstand zu nehmen, und zwar wegen der Gesundheitslage. Die Verhandlungen werden sodann auf nachmittags vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und bringt zwei geschäftsordnungsmäßige Anträge zur Abstimmung. Ein Antrag Rudolph-Frankfurt a. M. verlangt eine Redezzeit von 30 Minuten für je einen Vertreter der Minorität der bayerischen und badischen Landtagsfraktionen. Der Antrag wird angenommen. Es werden die Genossen: Simon-Nürnberg und Gichorn sein. Der andere Antrag von Wels verlangt, daß in der Diskussion abwechselnd je ein Redefürworter und ein Gegner der Vorstandsresolution zu Worte komme. Wels-Berlin fährt aus, daß bis zum Schluß der Beschlüssen Rede bereits 76 Wortmeldungen vorgefallen, davon die ersten 31 mit ganz geringen Ausnahmen von Anhängern der Budgetbewilligung.

Singer: Ich hätte am liebsten gar nichts dagegen, kann mir aber nicht vorstellen, wie das gemacht werden soll, wer entscheidet, ob für oder gegen. Es gibt auch noch andere Resolutionen wie die des Vorstandes. Singer: Die Redner selbst erklären durch Meldung beim Bureau, ob sie für die Annahme der Vorstandsresolution sind oder nicht. Dabei haben sie volle Freiheit, in ihrer Rede auch die anderen Resolutionen zu behandeln.

Wels-Ostend: Wenn es sicher ist, daß die Reihenfolge der Wortmeldungen sonst maßgebend ist, können wir den Vorschlag ablehnen.

In dieser Voraussetzung wird der Antrag angenommen.

Dr. Franz-Mannheim:

Daß so viele Abgeordnete und Vertrauensleute der Partei aus Süddeutschland nahezu einmütig in der vorliegenden Streitfrage vor Ihnen stehen, hat manchen unter Ihnen — ich weiß es — beunruhigt gemacht und zur Vorzeit gemacht. (Zuruf: Ober nicht!) Denn jedes Wort der Behauptung oder Bedrohung, das gegen uns irgendwelche Disziplinbrecher geschleudert worden ist, fiel und fällt zurück auf die Arbeiterklasse selber. (Zuruf: Machen Sie uns doch nicht graulich!) Das Parlamentarische ist eine Welt geworden und gefahren und soll nach der Meinung mancher Leute nicht inslande sein, ein paar Tugend-Abgeordnete und Vertrauensleute richtig auszuwählen. Wenn man bloß die „Lebiger Volkszeitung“ liest, muß man zu der Überzeugung kommen, daß in Süddeutschland planmäßig lediglich die Redner und die Kreise in den Landtag geschickt werden, während die Massenbewegungen dahinter bleiben. Wie erklärt sich denn die Einmütigkeit der süddeutschen Genossen? Ein Teil ihrer Leute, die das Gesicht des historischen Materialismus wachsen hören, hat es sich in dieser Frage ideologisch sehr leicht gemacht. Was sprach von Ministern und Reichsversammlungen, die ihren Einfluß geltend gemacht hätten. Die „Neue Zeit“ hingegen hat versucht, uns wissenschaftlich gerecht zu werden. Sie hat unsere Minderheitsheit zu erklären versucht aus der Vertriebsstatistik. Ich will auf dieses Gebiet, das mancher von uns als wissenschaftliche Spielerei betrachtet, (sehr richtig!) heute nicht eingehen, ich will auch nicht in den Streit darüber eintreten, welche Kultur die wertvollere ist, die norddeutsche oder die süddeutsche, denn darüber sind wir uns alle einig, daß das Parlamentarische im Norden wie im Süden sich seinen Anteil an der Kultur erst erobert muß. Es waren — ich verweise Sie —

keine revisionistischen Verschwörer,

die uns beeinflusst haben. Wir sind nicht wie die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln hinter irgend einem Menschen unter dem rätselhaften Einfluß hergelaufen, und es war auch kein bayerischer oder Berliner Hiesel, der uns den Dolk auf die Brust gesetzt hat. Ich verweise Sie, unter Einfluß der Meinung, um ein Wort des letzten Redners zu gebrauchen, daß das Parteiprogramm mit den erläuternden Parteibeschlüssen kein papierner Papp sei, sondern daß wir berechtigt sind und verbunden sind, selber zu denken und zu prüfen, wegen haben wir den Anspruch, daß Sie anerkennen, wir gehen über den Parteirat hinaus. Was mir gefällt und getan haben, war daß werden wir zu unserem Beschluß und zu unserer Überzeugung nieder wie Männer. (Beifallige Beifall bei den Süddeutschen.) unserer Handlung ist nach unserer Überzeugung der Ausfluß überhaupt. (Sehr wahr!) Deshalb haben diejenigen, die uns behaupten, ganz konsequent dazu kommen müssen, daß sie zunächst über den Wert und die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt (Sehr wahr!) diesen Kampf über den Wert und die Bedeutung des Parlamentarismus (Sehr richtig!) Es 1889 von den Berliner Jungen gesungen worden ist, prophezeit, daß die Verhüllung der Partei eintrete, und außerdem werden die Massen mit unheimlicher Gewalt gegen die Führer in die Achtung: 1890 richteten die Berliner ihre verfeindete Partei gegen (Städtigen: Die Berliner.) Die damaligen Berliner (Städtigen: Donnerwetter!) Heute ist leider der Parteivorstand der Bahnenführer der Berliner geworden. (Lachen.) Ich

habe mich, wenn Ihnen das Lomisch Klingt, milde ausgehört. Ich gebe auch Leute, die meinen, der Parteivorstand sei der Gefangen der Berliner.

(Stürmischer Beifall; lebhafter Zustimmung.) Wenn man so beunruhigt ist, daß das so ist, so will ich das nicht zum Anlaß nehmen, hier Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu machen. Ich habe mich vergriffen, weil ein Teil der Genossen, und in der irrthümlichen Meinung war, es habe sich um ein Komplott gegen die Einheit der Partei gehandelt. Gerade Leute, die in der Sache uns recht geben, haben sie lassen in dem Punkte nicht mit sich spielen, wenn die Partei sie verwarfen seien, angegriffen werden soll. Es ist in der Wahrheit in anderen Blättern fort und fort die Rede gewesen über die „Geheimkonferenz“, in der der schwebende Parteivorstand sei. Und da haben wir nun gemeldet und erwartet, daß aus der Mitte des Parteivorstandes heraus, der es besser wissen müßte, er hätte sich nur an Ihren Kollegen Wammatz, der aus der Partei wiederholt: Wenn Sie nicht dabei in Würzburg auf der Abgeordnetenkonferenz, als in Ihrer Anwesenheit — ohne Ihre approbation in Stuttgart zusammen kommen wollten, um die Budgetfrage zu erörtern? Gleichzeitig wurde beschlossen, daß auf dieser Stuttgarter Konferenz lediglich eine Kundgebung stattfinden würde, daß aber keinerlei Beschlüsse gefaßt werden dürften. Das hat Wammatz gewünscht, daß die Partei vorstand, der die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen als das Höchste ansieht, die Partei hätte von dieser wichtigen Aufgabe dem „Vorwärts“, dem er selbst, Mitteilung zu machen. (Wammatz: Haben Sie beschlossen, wenn die Konferenz stattfinden sollte? — Wäller: Sind wir eingeladen worden?) Ich habe mich deutlich genug ausgedrückt, daß Wammatz auch nur entfernt den Wunsch geäußert hätte (Schadenshaft!) — es war in Würzburg, als wir den Parteivorstand zusammengerufen haben, eine freundliche Angelegenheit und damit eine deutsche Angelegenheit, für die, wie wir glauben, der Parteivorstand mit uns Interesse hat. Was hat er gemacht? Wenn einer von uns abkommen kann, wird er da sein. (Beifalliger Zuruf.) Wir konnten nach dieser hingeworfenen Bemerkung nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legt, unseren Auseinandersetzungen beizuwohnen. (Beifällige Zurufe aus der Mitte der Delegierten.) Ich gebe es vollständig auf, Ströbel vom Gegenteil zu überzeugen, aber es würde mich interessieren zu erfahren, ob die „Vorwärts“-Redaktion und auch Ströbel von dieser Sache etwas gewußt hat. (Zuruf: Ströbel hat gar nichts gesagt! — Ströbel ruft: „Es ist eine Angelegenheit, mit der ich mich nicht beschäftige.“)

Singer: Ich kann nur dringend raten, die Verhandlungen nicht durch unnütze Zwischenfälle lebendiger zu gestalten. (Zuruf: Sind provoziert!) Bis jetzt hat der Redner nichts gesagt, was etwas zum Einschreiten gegeben hätte. Ich bitte also, Ruhe zu halten, so die Situation nicht noch zu verschärfen.

Brant (fortfahrend):

Von der Gemohnheit, scharfe Worte gegen Parteigenossen zu gebrauchen, ist der „Vorwärts“-Redakteur Ströbel auch hier nicht abgegangen. Er hat mir Infamie vorgeworfen, weil ich ihn fragte, ob er von dieser, meiner Meinung nach wesentlichen Aufgabe etwas gewußt hat. Ich hätte lieber ein „Nein“ gehört. Das Gedankenschema, nach dem man die Süddeutschen behandelt und beurteilt, ist sehr einfach. Man sagt: Der ganze Staat ist ein Herrschaftsinstrument der bestehenden Klassen. Das Parlament dient dem gleichen Zweck, also kann für die arbeitende revolutionäre Klasse das Parlament in Wirklichkeit nur dem Zwecke der Agitation und Demonstration dienen. Wenn diese Anschauung Sie wirklich beherrscht, hätten Sie bitter Unrecht getan, als Sie die Anträge der Sozialisten aus der Partei herausdrängten. Wenn dann wäre Ihr geistiger Vater der frühere Reichstag Dr. Friedberg. Wir anderen aber können es nicht verstehen, wenn Sie für diesen wertlosen parlamentarischen Opfer bringen wollten. Wir können dann nicht verstehen, warum Sie auf die Strafe freigegeben sind und leben wagen wollen, bloß um die Bahn frei zu halten für den parlamentarischen Kretinismus. Wir sind überzeugt, daß wir mehrheitlich der deutschen Arbeiter anders denken, und wir sind überzeugt, daß Raffalle die Stimmung der deutschen Arbeiter viel besser getroffen hat, wenn er den Zeitgenossen und damit den deutschen Arbeitern zurief: „Ihnen, meine Herren, es nicht liegenden Klassen, gehört der Staat, denn aus Ihnen besteht die Raffalle hat weiter gesagt, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sei die Grundbedingung aller sozialen Hilfe und das einzige Mittel, um die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern. Wir wissen heute, daß durch die Arbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften der parlamentarischen Arbeit erst Rückhalt und Kraft gegeben wird. Aber wir sind überzeugt, daß durch das Zusammenwirken dieser drei Faktoren die materielle und geistige Lage der Arbeiter besser gehoben werden kann, zum Teil schon gehoben worden ist. Die lächerliche Kleinart der Gewerkschaften wäre unerschwinglich und sinnlos, wenn sie der Ansicht wären, daß es geschäftlich und möglich ist, die Löhne der Arbeiter über das unbedingt notwendige Existenzminimum herauszuziehen; das eberne Lothgefäß hat als unheilbar erwiesen. Wenn Sie aber sagen, das sei dem Parlamentarismus geschäftlich unmöglich, so würden Sie damit das überwindene eberne Lothgefäß in das dem Hebel der Oekonomie übertragen in das Feld der Politik. Wenn Sie aber mit uns der Vorbehaltigung sind, daß eine gewisse Verbesserung durch politische Arbeit möglich ist, dann dürfen Sie uns nicht unerschwingliche Fesseln dadurch anlegen, daß Sie einen dauernden Zwang zur Ablehnung des Gesamtbudgets statuieren. Ich appelliere an diejenigen, die den Klassenkampf täglich führen, nicht bloß im Grunde — an die Gewerkschaften! (Sehr gut.) Sie verhandeln wochenlang, monatelang mit den Unternehmern um Pfennige, und am Ende ihrer Tätigkeit prüfen sie die gesamte Lage des Gewerbes, ihre wirtschaftliche Lage überhaupt, und unterfragen, ob sie danach zu dem Tarifvertrag ja oder nein sagen sollen. Wenn ihnen dann jemand durchsetzen wollte, sie dürften zwar den Tarif Posten für Posten annehmen, wäsen aber gezwungen, am Schluß unter allen Umständen ja zu sagen (Lachen. Rufe: Rächerlich!) — Man mag sich durch Annahme des Gesamtbudgets würden wir den Klassenkampf anerkennen und ihm die Mittel bewilligen. Mein Freund Timm hat Ihnen schon gesagt, daß der Staat eine Lastfahre ist, mit der ohne Anerkennung. Wir wollen diesen Staat umformen und ohne Anerkennung. Das geschieht nicht dadurch, daß man mechanisch den Tarif zu Zeit rein sagt, sondern durch jede anbauende Arbeit. (Sehr richtig!) Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Partei recht! Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Partei recht! Aber verzeihen Sie nicht: Es läßt sich nicht leugnen, daß der gewerkschaftliche, der einen Tarifvertrag mit dem Unternehmern abschließt, damit die Lastfahre anerkennt, daß die Lastfahre die auf Ausbeutung beruhende gesellschaftliche Ordnung noch besteht, daß sie eine Lastfahre ist. (Lachen.)

Nach unserer Meinung ist das, was mir eben zum

ein echt deutscher Streit um eine Zeremonie, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der über vermeint werden. Als wenn dadurch von dem Gebäude des Staates ein Steinchen verrückt wird. (Sehr wahr!) Wiegt es dann gegenüber nicht schwerer, wenn eine so große Zahl sozialistischer Parteigenossen dem dem Zwange zur Ablehnung des Budgets schwere Nachteile beschreiben? Ist es nicht merkwürdig, daß gerade diejenigen deutschen Länder, in denen man gewöhnlich als

Ein fastliche Resolutions...

wie sie selten vorkommt. Es besteht keine Mehrheit einer bürgerlichen Partei, wir sind Sozialdemokraten sind das rote Rindgen...

Diefen bligen Trumpf aus der Hand zu schlagen.

und uns den Weg frei zu machen, unsere Entschliessungen mögen lauten, wie sie wollen.

Webel hat gesagt, wir haben unsere Kammervorrede verlesen...

die wie nicht annehmen können.

Was ist für Sie und für die Partei gewonnen, wenn wir vielleicht nach einem Beschluss von Ihnen das nächste Mal in den Landtag kommen...

Bringen Sie es nicht zum äußersten, wenn die Partei zerfallen würde...

(Zuruf: Wer will das denn, das wollen Sie vielleicht!) Wir sind doch keine Kinder...

das Gegenteil des Entgegenkommens.

Sie ist für und durchaus unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.)

gestanden hat. Im anderen Falle würde dem Budget zugestimmt, um die Vorteile eines guten Domänenankaufs für den Staat einzuladen.

Wir werden nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland...

unser parlamentarische Stellung untergraben.

Auf dieses Beispiel ist bisher eine Probe noch nicht gemacht worden, weil eben bisher eine vollständige Bindung nicht bestand.

Ich verstehe nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland...

Wenn Sie auf unser einzelstaatliches Verhältnis einzeln eintreten wollen, so kann man darüber reden...

Singer teilt mit, daß zum Antrag 105 der Zufall eingegangen ist, in dem Absatz 2 der Lübecker Resolution das Wort „normalerweise“ zu streichen.

Für die Württemberg-Fraktion erhält das Wort mit unbeschränkter Redezeit.

Hilfenbrunn- Stuttgart:

Parteienossen! Wir Württemberger sind dem Parteivorstand außerordentlich dankbar, daß er uns in seine Resolution mit aufgenommen hat...

die die Bindung aufheben? In Preußen haben Sie es nicht gehabt; Ihren Landtagsabgeordneten sind innere und äußere...

gingende Gründe im Sinne des Lübecker Beschlusses

Wir uns belogen. Welche Gründe das waren, will ich Ihnen kurz auseinandersetzen...

auf dem Wege zur vollen bürgerlichen Gleichberechtigung.

Nun vor aber der Grund zur Budgetbewilligung nicht zu finden in den kleinen Zuständigkeiten an unsere Landtagsaktivität...

Praktion, muß ich erklären, daß wir eine Ausnahmebewegung für uns nicht in Anspruch nehmen. Es waren zum Teil dieselben Gründe, die uns zu unserer Stellung veranlaßt haben. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat unsere Partei verurteilt. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat unsere Stellungnahme als parlamentarischen Auktionsmann bezeichnet. Ich habe seit Jahren verurteilt, die „Leipziger Volkszeitung“ zu nekrosen. (Lurche.) Ich glaube, daß meine bescheidene Ansicht auf die Redaktion keinen sonderlichen Eindruck machen wird. Ich glaube, wir werden, solange den Leipziger Parteigenossen eine solche Kampfbahn, auf jeder anständigen Mann in der Arbeiterbewegung von der „Leipziger Volkszeitung“ Tag für Tag angepöbelt wird. (Große Lurche; Widerspruch und Zustimmung.) Wir sind nicht die ersten, denen die „Leipziger Volkszeitung“ angepöbelt hat, daß sie mit glühendem Eifer aus der Partei ausgetrieben werden müßten. Aber deshalb verliere ich doch als Parteigenosse anerkennen zu werden, vielleicht mit größerem Rechte als Leute, die sich getraut haben, die Parteigenossen zu beschimpfen. Ich nehme die „Leipziger Volkszeitung“ nicht ernst. (Lurche: Das meißt man!) Etwas anderes ist es mit dem „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ ist das offizielle Parteiorgan. Der Parteivorstand hat die moralische Verantwortung für den „Vorwärts“. Er hat sie dokumentiert, als er entgegen dem Willen und den Intentionen des Parteitag in Jena seine Ernennung durch eine Neubewertung der Redaktion geübt hat. (Lurche.) Ich will darüber hier nicht sprechen. Genug, er hat die Verantwortung, und er übernimmt sie auch mit seiner Resolution. Wir tun es leid, daß ich hier Dinge vor der Öffentlichkeit bringen muß, von denen ich voraussetze, daß unsere Gegner sie uns später in den parlamentarischen Verhandlungen entgegenhalten werden. Es ist das für Sie, die Sie nie in der Vergangenheit in verantwortlicher Stelle die Partei den Gegnern gegenüber zu vertreten (Widerstand, Widerspruch und Lurche), schiedet unerschrocken. Ich nehme es Ihnen nicht übel, wenn Sie lachen. Wir ist es nicht gleichgültig, wenn uns in den parlamentarischen Verhandlungen ein Gegner mit solchen Waffen entgegentritt. Man hat versucht, die württembergische Zustimmung zum Etat als eine Entgleisung hinzustellen. Unsere Zustimmung war

Keine Entgleisung.

(Hört! hört!) Ich glaube, daß kaum in der deutschen Sozialdemokratie — auch im Parteivorstande nicht — ein Beschluß je gefaßt worden ist, der Gegenstand so gründlicher Beratung geworden wäre, als unsere Zustimmung zum Etat im vorigen Jahre. Keine Parteitagung kann getreuerhalten, ja angänglicher die Wirkung eines Beschlusses auf die Partei prüfen, als wir es in diesem Falle getan haben. Und ich will noch mehr verraten, schon um nachzuweisen, wie wenig es sich um eine planmäßige Aktion handelt. Nach langem Vorüberlegen stand in der Fraktion die Sache so, daß der Parteivorstand sich für die Zustimmung zum Budget und eine Rinderbeiträge für die Ablehnung erklärte. Da hätten wir nun zum Beispiel dem württembergischen Parteitag folgenden, von unserem Parteivorstande gebrauch machen und die Wahrheit dergestaltigen können. Wir haben uns aber gefaßt, daß eine Budgetabstimmung eine Parteifractionsleistung nicht wert sei. (Lurche: Sehr richtig!) Wir haben es mit den Berlinerern gehalten, die seit der Budgetabstimmung keinen Wert beigemessen haben und haben gesagt, nein, die Wahrheit trübt von ihrem Standpunkt zurück unter der Bedingung, daß mit dem Parteivorstande und den anderen süddeutschen Fraktionen beraten wird, ob sie überhaupt abzugeben sind, regelmäßig die Budgete abzulehnen. Durch dieses Nachgeben der Mehrheit war zwei Tage vor der Abstimmung die Ablehnung des Budgets beschlossen. Am Tage der Abstimmung selber sind auch Genossen der Minderheit zu der Auffassung gekommen, daß die Gründe für die Bewilligung nicht leistungsfähig abzuweisen waren, daß die Rücksicht auf die Agitation, auf die Popularität im Lande, auf die Entwarnung der Gegner nicht zu unterschätzen sei. Dazu kam die Erkenntnis, daß unsere Zustimmung nicht ohne Einfluß sein würde auf die Haltung der Regierung dem internationalen Kongress gegenüber, und da waren wir uns des Grades der Situation durchaus bewußt. Das kann doch die Partei mit dem Lübecker Beschluß nicht gewollt haben, daß wir einer reinen Formalität wegen unsere guten Gründe propagandistischer Art preisgeben müssen. In dieser Situation haben wir vielleicht eine Stunde vor der Abstimmung unseren früheren Beschluß verändert und haben geglaubt, im Dienste der deutschen Sozialdemokratie, im Dienste der Partei, der ganzen Bewegung keinen Fehler zu begehen und keinen Schaden herbeizuführen, wenn wir entgegen unserem vorher gefaßten Beschluß in diesem ausnahmsweisen Falle einmal das Budget angenommen. Wir waren sicher, daß damit keine Herabsetzung unserer Stellung zum Klassenstaat und auch nicht eine Herabsetzung unserer Stellung gegenüber irgendwem eintreten könne. Also ich glaube, Ihnen beizulegen zu haben, daß wir nicht beabsichtigt haben, die Partei zu verraten oder die Disziplin leichtfertig zu brechen, und daß von einer unbilligsten Beschädigung der Partei und Abhängigkeit der Parteitagungsbeschlüsse nicht die Rede sein kann.

Nun die Gründe, die bei der ersten Beratung schon entscheidend waren, daß es nicht richtig sein kann, daß die Sozialdemokratie, die Partei des Lebens, des wirtschaftlichen und politischen Lebens,

auf eine schablone jährrechnung festgelegt

wird (Sehr gut!), die Meinung, daß es der Sozialdemokratie gar nicht entspricht, die Budgetablehnung zu einer Kapitalfrage, zu einer Prinzipienfrage, zu einer Frage des Lebens, des Wirtschaftens der Partei zu machen. Der Parteivorstand drückt in seiner Resolution aus, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung angesehen werden muß. Ich habe mir Mühe gegeben, in der einschlägigen Literatur Belege dafür zu finden, ob unsere Partei oder eine andere Partei überhaupt offen auf dem Standpunkte steht, daß die Abstimmung über das Gesamtbudget eine Vertrauens- oder Nichtvertrauensfrage sei. Es ist mir in unserer Literatur kein Fall bekannt geworden, wo das irgend einmal beschlußmäßig oder formlos festgestellt worden wäre, wenn man nicht den Lübecker Beschluß in Betracht zieht. Und ich kann Ihnen sagen, bei uns in Württemberg ist kein einziger Politiker, der bis jetzt gedacht hätte, daß die Vertrauensfrage die Lösung eines besonderen politischen Problems auch nicht daran gedacht, die Ablehnung zu einer besonderen Abstimmungsfrage zu benutzen. Keinesfalls aber ist das umgekehrt. Unsere Zustimmung zum Budget ist die Annahme, daß die vorgelegte Verteilung der Einnahmen und die Verteilung der Ausgaben ohne weitere Veränderungen und Abänderungen der Ausgaben ist kein Nichtvertrauensvotum. Wenn die Ablehnung des Budgets eine Vertrauensklärung darstellt, so kann sie nicht wirkungslos sein, wenn sie einem Auktionsmann gleich — jährlich ohne Rücksicht auf die politische Konstellation schablonemäßig angewendet wird. (Sehr richtig!) Sie wird eine wirksame und entscheidende Wirkung bewirken, sobald wir einen besonderen Grund dazu haben. Wir haben in Württemberg zwölf Jahre hindurch das Budget abgelehnt und wurden den Verlust der Parteigenossen, an und Beteiligten ebenso vorübergegangen ist wie an Ihnen, Grobachtung, daß unsere Gegner — und wir haben in unserem Entschließen — in diesem ganzen Jahre immer mit dem Mittel, dem die Sozialdemokratie hat für die Arbeiter zuweilen haben gehalten, sie haben immer mehr verlangt, als die anderen. Aber was nützen alle Reden und Hoche-

rungen und die großartigen Anklagungen von höheren Stellen, wenn an Schluß durch die Ablehnung des Budgets die dazu notwendigen Mittel verweigert werden? (Lurche.) Glauben Sie nicht, daß Sie damit eine besondere Intelligenz beweisen, wenn Sie darüber lachen, das haben auch wir getan und haben jahrelang in Versammlungen und in Parlamenten zu widerlegen gesucht. Aber immer sind Herr Gröber und Herr Fieber gekommen und haben gesagt: „Halten Sie doch keine großen Reden, das ganze Beharren ist ja lächerlich. Sie lehnen am Schluß ja doch die Mittel ab. Wenn wir alle so handeln würden, würde es keine Fortschritt geben.“ (Lurche.) Mein lieber Herr Gröber, Herr Fieber geniert sich auch vor Ihnen nicht, und wenn sich auch jemand vor Ihnen gemieren sollte, so ist es mir unverständlich, daß Sie mir ins Wort fallen, wo Sie doch von mir Kollegen wissen, daß ich noch nie daran gedacht habe, daß auch nur der Gedanke Flag greifen könnte, im Reichstag das Budget anzunehmen. Die Verhältnisse im Reich und in den Einzelstaaten sind grandios veränderte. Wenn wir in Württemberg der preussischen Regierung gegenüber gestanden hätten, wären wir wahrlich nicht mit einer Verhandlung von einigen Minuten fertig geworden. Bei einer Regierung wie der preussischen hätte keiner von uns auch nur die leiseste Konzeption gemacht. Aber ich kann die württembergische Regierung nicht mit derselben Peinlichkeit schlagen,

wie die preussische verdient. (Sehr gut.) Ich will das kurz begründen. Sie haben ja nachher das Recht zu rufen, ob ich noch innerhalb oder außerhalb der Partei stehe, wenn es Ihnen nicht tabu ist genug klingt. In der Lübecker Resolution ist als besonders kritisches zum Ausdruck gebracht, daß der Staat von heute prinzipiell die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien ablehnt. Ich weiß, daß auch bei uns die Sozialdemokratie noch nicht in allen Details die Anerkennung erlangt hat. Aber ich fordere Sie alle auf, mir nachzuweisen, wo die Gleichberechtigung der Arbeiter in politischer Beziehung durch die württembergische Regierung in den letzten Jahren ausdrücklich verweigert worden ist. Infolge unserer Tätigkeit und unseres Einflusses, den wir durch die hinter uns liegenden Massen zum Ausdruck bringen konnten, hat sich der bei uns in früheren Jahren der Sozialdemokratie gegenüber eingenommene Standpunkt von Grund aus geändert. Ich rede nicht davon, daß es in der Justiz in Württemberg heute anerkannt ist, daß die politische Gleichberechtigung der Arbeiter ein Grund ist zum Ausschluß vom Amt eines Schöffen und Geschwornen. Wir haben aber seit Jahren durch die Arbeiter gewählte Vertreter in der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, einem Institut, das für die Sozialdemokratie bei uns von ungeheurer Bedeutung ist. Wir haben Organisationen der Eisenbahnarbeiter, in denen bekannte Parteigenossen in leitender Stellung stehen, also Dinge, die Sie vielleicht nicht als anerkannterwert bezeichnen, die aber bei Ihnen jedenfalls als absolut ausgeschlossen sind. (Sehr richtig!) Wir haben doch vor zwei Jahren durch unsere Vertretung für die Werkschwarzarbeiter der Staatsbetriebe den neunhundert Arbeitstag erreicht und dieses Vorhaben ist der bestimmende Grund für die preussische Verwertung gewesen, um auf diesem Gebiete zu folgen. (Hört! hört!) Wir haben uns außerordentlich gefreut, daß es uns durch unsere parlamentarische Tätigkeit möglich war, auch den Arbeitern in Württemberg diese Wohltat zu tun zu lassen. Wir haben in der letzten Zeit eine Änderung der Finanzgesetzgebung, eine Herabsetzung unserer Verfassung erhalten, haben das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht erlangt, in einem Teil des Landes das Proportionalwahlrecht. Und wenn es uns nicht gelungen ist, bis jetzt eine Mehrheit im Landtag zu erreichen, so ist nicht das Wahlrecht schuld, sondern die noch zu geringe Anzahl unserer Anhänger. Es ist in den letzten Jahren gar kein Fall bekannt geworden, wo bei irgend einer Wahl die Regierung oder ein Vertreter derselben irgendwem die Vereinstellung eines Staatsangehörigen oder eines Privaten versucht hätte. Alle diese Gründe haben, nicht als einzelne für sich, sondern in ihrer Gesamtheit einen gewissen Einfluß ausgeübt, und wird unerschütterlich durch die Tatsache, daß auch bei uns im vorigen Jahre eine allgemeine Beamten- und Arbeiteraufbesserung durchgeführt wurde, die mit unserer Hilfe durch anderthalb Millionen Mark verstärkt und wesentlich zugunsten der Arbeiter abgeändert wurde. Bei unseren Verhandlungen war es ein Parteigenosse, der nicht in den Verdacht kommen kann, Revisionist zu sein, oder opportunistische Anschauungen zu haben, aber durch die Erfahrungen der letzten Reichstagswahl nachdrücklich geworden war, der erklärt hat, wir müßten aus agitatorischen Bedürfnissen daran denken, ob nicht durch die Haltung in dieser Frage uns in der Propaganda Nachteile zugefügt werden können. (Hört! hört!) Die Arbeiter der Staatsbetriebe und auch die übrigen, seien gar zu leicht geneigt, die Behauptung, daß wir durch die Ablehnung des Budgets alle früheren Verbesserungen illusorisch machen, als richtig anzuerkennen. Sie betrachten diese Stellungnahme als Interesselosigkeit und als Faltheit, aber aus diesen rein praktischen Erwägungen und aus dem Bedürfnis heraus, der Partei keinen Schaden anzutun, ist in einem großen Teile unserer Fraktion die Idee durchgedrungen, daß es notwendig sei, unsere Stellungnahme durch Zustimmung zum Budget zum Ausdruck zu bringen. Also von einem Disziplinbruch, von einem Parteiverrat kann bei uns gar nicht die Rede sein. Wer auf diesem Parteitage durch Annahme der Parteivorstandesresolution das Vertrauensvotum gegen uns zum Ausdruck bringt, der soll nicht vergessen, daß unsere Erwägungen und unsere Beschlußfassung

auf dem guten Vergehen für die Partei

entsprungen sind; der erklärt, daß wir gewissenlos unter Nichtbeachtung der Parteitagbeschlüsse der Partei Schaden zufügen wollen. Das müssen Sie sich bei Ihrer Abstimmung überlegen.

Ich habe früher gesagt, wir sehen in der Ablehnung keine prinzipielle Sache, keine Staatsaktion und habe betont, daß wir damit ganz der Meinung sind, wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin.

Der Berliner Etat

ist wesentlich größer und umfangreicher als unser württembergischer Etat und Sie werden zugeben, daß auch die Berliner Kommunalverwaltung eine wesentliche Einkünfte des Klassenstaates darstellt. Die Berliner haben aber bis jetzt nie daran gedacht, den Berliner Delegierten: Wir haben ja nie zugestimmt. Sie annehmen, daß ich, ohne etwas in der Hand zu haben, den württembergischen Parteitag hier einen solchen Vorwurf machen will. Ich weiß aus langjähriger Erfahrung, daß mit den württembergischen Parteitag nicht ein solches Verbrechen ist, wenn man nicht beschließen ist. Ich hätte auch diese Verbrechen nicht so sehr interessiert gewesen wäre. Die „Mündener Post“ hätte der längere Zeit sich einmal das Vergnügen gemacht, das Berliner Budget zu kritisieren und hätte dabei gesagt, württembergische Parteitag, die so kritisch seien gegen die württembergischen Parteitag, daß selbst gar kein Verhandlung dafür gezeigt hätten, daß die Budgetabstimmung eine so große Staatsaktion sei. Da hat sich eine solche Gemeinheit und Niedertracht, wie in der „Mündener Post“ gibt es nicht wieder. (Lurche: Bei den Süddeutschen.) Die „Mündener Post“ aber hat sich erlaubt, nach auf ihrem Standpunkte stehen zu bleiben — dies verächtliche Blatt. (Lurche: Bei

den Süddeutschen.) Die Redaktion des „Vorwärts“ hat sich über Berliner Beschäftigte genau informiert und sie haben folgende:

Unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit.

Die „Mündener Post“ wiederholt in ihrer Sonntagsnummer: Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlin haben im Etat Budget nie abgelehnt. Der „Vorwärts“ hat... festgestellt, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlin niemals für den Etat des Reiches gestimmt haben. Ist es der „Mündener Post“ nicht richtig zu sagen?

Die „Mündener Post“ hat bis heute ihre Behauptung nicht richtiggestellt, das hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe mir gedacht, ist denn die „Mündener Post“ genau so schäbig wie die „Vorwärts“? (Große Lurche.) Ich habe hier den Herrschaftsbericht der Stadtverordneten vom 31. März 1906 im Einzelnen angesehen. Verschiedene unserer Kollegen sind sich mit großer Verbe daran. Ich habe dabei gesehen, wie die Parteigenossen im Reichstag uns zum mindesten nicht nach wie in derselben reaktionistischen und opportunistischen Weise abzutragen. Und dann nach dem amtlichen Bericht der Stadtverordneten Rede vom 2. April 1906, wo wir nunmehr mit sämtlichen Mitgliedern fertig sind, schlage ich Ihnen vor, den Stadtkonvent für 1906 im ganzen festzusetzen, in Einnahme und Ausgabe mit 130 000 000 M. und dann heißt es weiter: Die Verfassung mit 130 000 000 M. demgemäß... (Lurche der Berliner.) Parteigenossen! Ich glaube, Sie können mir es auch haben, wenn wir das wollen. Sie verlangen ja von uns, daß wir nicht hilflos zusehen, wenn diese große Staatsaktion sich vollzieht. Sie verlangen nicht nur, daß wir gebildet und verständig die Annahme des Gesamtbudgets durch andere zusehen, sondern Sie verlangen von uns auch, daß wir das Budget ausdrücklich in der Form einer besonderen Vertrauensabstimmung ablehnen. (Sehr richtig! Lurche: Sie verlangen von uns, daß wir eine namentliche Abstimmung haben!) Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht herantreibt an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber so weit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen kann und daß der nicht abgelehnt wird. Wenn der Antrag keine Abstimmung kommt, so können die Berliner mit derselben demokratischen Macht, wie sie hier von uns verlangen, den Etat von Berlin ablehnen,

um ihre Gegnerschaft zum Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. (Sehr gut.) Ich bin zur der Meinung, daß dadurch der Klassenstaat um seinen Kernzeitern beraubt werden würde. Aber was man einen recht ist, muß auch dem andern billig sein. Ich habe Ihnen damit nur demonstrieren wollen, daß die Berliner mit uns die Meinung sind, daß die Annahme des Budgets nicht eine Frage von prinzipieller, grundsätzlicher Bedeutung ist (Widerstand), sondern eine Frage von bloßer geschäftlicher Bedeutung, die nur aus tatsächlichen, aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Demonstration benutzt werden kann oder nicht.

Die Resolution des Parteivorstandes schlägt nun eine Verschärfung der Lübecker Resolution

vor. Ich will noch einmal kurz an die Parteigenossen dieses Jahr erinnern. Im Jahre 1894, als sie zum ersten Male erörtert wurde, hatten die Süddeutschen das Glück, Grillenberger und Völkner zum Vorsitzenden zu haben. Es ist ungeschicklich, daß sie nicht wirksamer als die Argumente zusammengetragen haben, als es uns möglich ist. Aber die Parteigenossen von damals haben wohl das Gefühl der Situation bemerkt, was es bedeutet, ein Teil der Partei durch ein in gewisser Beziehung geringeres Maß zu fesseln und haben es abgelehnt, diesen Zwang auszusprechen, sie haben keinen Beschluß gefaßt. In der nächsten Situation etwas anders. Aber die Süddeutschen haben von damals sondern beim Parteivorstand nach so viel Arbeit sich der Genosse Belbel dafür einsetzte, ihnen die genutzten Vorteile nach Möglichkeit zu erhalten. Der Parteivorstand hat sich für die Abstimmung für eine prinzipielle Frage, und die Resolution eine Ausnahme setzt, und die ich schon hiermit auf, ein Prinzip darzustellen. Sie haben in der Zwischenzeit seit Lübeck eine Veränderung unserer politischen Situation in verschiedener Hinsicht erlebt. Die sozialdemokratische Partei ist stärker und länger geworden. Die Parteigenossen, die unter den schwierigen Verhältnissen uns in der parlamentarischen Vertretung die Wege gezeigt haben, waren damals der Meinung, daß dieser parlamentarische Weg uns zu praktischen Resultaten führen solle und daß wir einmal die Gelegenheit haben, Vertrauensmänner in das Parlament zu schicken, wir diesen dann auch das Vertrauen entgegen zu bringen, daß sie nach Pflicht und Gewissen die Parteiforderungen vertreten. Genosse Limm hat die Frage ganz auf den richtigen Nenner zurückgeführt. Es handelt sich um

die Frage des gegenseitigen Vertrauens

und um weiter nichts. Und haben diejenigen, die in den vorigen Wochen gegen uns Stellung genommen haben, ohne unsere Gründe zu kennen, dieses Vertrauens dem vordemher für unzulässig gehalten. Sie haben unsere Stellung innerhalb der Partei nicht und innerhalb unseres Landes bereits heute in einer Weise untergraben, daß wir schwer zu tun haben werden, das nicht wieder gutzumachen. (Schärfste Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir sind getragener, bei jeder Wahl diejenigen, die wir vorschlagen, den Wählern als vertrauenswürdige Männer zu empfehlen und in ihren Diskussionen werden die Wähler dann von den Gegnern irregeführt, wenn wir auch immerhin das Vertrauen haben, daß sie insandem sind, zu prüfen, ob die Haltung unserer Abgeordneten für oder gegen das Budget im Interesse der Partei liegt, oder für zum Schaden gereicht. Die Vorstandsresolution enthält die grammatische Erklärung des Vertrauens gegenüber Parteigenossen, die seit der parlamentarischen Vertretung haben, und wenn Sie uns diesem Vertrauen belassen, geben Sie unseren Gegnern eine Waffe in die Hand, die sie bei jeder Gelegenheit gegen uns benutzen werden. Sie werden uns vorhalten: Was wollen Sie, Sie sind ja von ihrem eigenen Parteitag als Vertrauensmänner ernannt, die gar nicht das Vertrauen verdienen, eine solche Stellung einzunehmen!

Es geht mir wider die Raine, Ihnen zu sagen, wenn Sie die Resolution annehmen, dann wird dadurch ein Unglück geschehen. Weiter sage ich, daß ich persönlich auf die Mitarbeit verzichte, als das ich proklamieren sollte, die Partei solle Schaden leiden. Aber das kann ich Ihnen sagen: Mit der Vorstandsresolution verleiht es mir und meinen Genossen nicht mehr möglich, im Parlament wirkung für die Arbeiter einzutreten. Das können Sie nicht wollen und das dürfen Sie schon in Norddeutschland aus dem Grunde nicht wollen, weil Sie uns dann ein Unrecht tun, dessen Tragweite Sie nicht ermaßen können. Weil Sie jetzt nicht darunter zu leiden wollen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Ich will Ihnen sagen, daß Sie nicht nur in diesem Parteitag, sondern auch in der nächsten Zeit, die Sie in dieser Frage zu einer Entscheidung kommen. Die Rede des Genossen Belbel heute früh war, wie die Rede eines Parteiführers sein muß, in verständlicher und gleichem Ton gehalten. (Sehr richtig!) Ich behaupte auch, daß wir nicht den Willen haben, in unserem Parteivorstand haben, der sich auf den Standpunkt in parlamentarischen Fragen wird gebauert und nicht gereicht, werden nicht Resolutionen gefaßt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Görliker Waren-Einkaufs-Verein.

Wir empfehlen:

Neue Vollheringe

fett, feinschmelzend und zart, beste crown fullbrand
Stück 6 bis 7 Pf., 3 Stück 20 Pf.

Portugiesische, nach Holländer Art gefalzene

Sardellen

1/2 Pfund 45 Pf., 1/4 Pfund 80 Pf., 1 Pfund 150 Pf.

Beste, gutkochende, neue

Kartoffeln

10 Pfund 32 Pf.

Schöne neue saure Gurken

Stück 3-7 Pf.

Neue Senfgurken

sehr fein gewürzt, Pfund 40 Pf.

Neue Speisezwiebeln, Pfund 9 Pf.

Neues Sauerkraut, Pfund 7 Pf.

Beste süsse

Ital. Weintrauben

jetzt sehr billig.

Pfund 25 Pf., in Kistchen von circa 4 Pfund brutto an 21 Pf., das ganze Kistchen mitlila von 85 Pf. an.

Auf vorstehende Detail-Preise gewähren wir noch
6 Prozent Rabatt in Marken.

Spezialität: garantiert echter Spanischer Portwein

3 Flasche Mk. 1,25.

Spielhagen, Ferdinand-Pl. 1.

Beste Qualität, unübertroffen, ohne Konkurrenz. Nur Wein, d. h. ein durch Gärung aus dem Saft der Trauben hergestelltes Getränk. Angenehmer Frühstücker- und Dessertwein. Aertzlich empfohlen. Es gibt nichts Besseres für Blutarmer, Kranke und Rekonvaleszenten. Auswärts Probestpostpakete v. 3 Fl., Bahnkilov. 12 Fl. an.

Weinensamlhaus. Telef. Amt 1, 6755. Lager alter feiner Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine.

Jasmatzi-Cigaretten

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

Lucca mit Mundstück	1	Pf.-Cigarette
Kolpo mit Mundstück	1	"
Unsere Marine mit und ohne Mundstück	2	"
Dubec No. 6 mit und ohne Mundstück	2 1/2	"
Hellas mit und ohne Mundstück	3	"
Elmas Gold-Mundstück in eleganten Blechboxen	3-5	"
Pteo mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold	4-25	"

Curt Wilkerlings Nachfgr., Inh. Richard Kröhl
Nobelpf. u. Volkermöbelfabrik
liefert Tischler- und Volkermöbel, ganze Ausstattungen, Stahl- und Eisenlager, auch aus Leihabgabe.

Sofas aus gearb. 38, 45 und 54 St.
Wilsdruffer Straße 33, 1. St.
Federbetten feinst Qualifizierte, Jedermanniguna

„Ding an sich“

frei von Chlor und Soda, ist und bleibt das erste und beste Waschmittel der neuen Aera. Chlor zerlegt die Wäsche, Soda macht sie gelb; grössere Mengen davon sind schädlich. Soda greift auch die Hände empfindlich an. Billige Waschmittel enthalten erhebliche Mengen Soda, zum Teil bis zu 90%. Zu haben in Drogerien und besseren Kolonialwaren-Geschäften.



Zum Umzug

empfehlen wir unser reich assortiertes Lager:

Möbel-Abteilung

Schränke, Verlikos, Kommoden, Bettstellen, Matratzen, Sofas, Waschtische, Spiegel, Trumeaus, Sofa-, Auszieh-, Schreibeische, Büfets, Diwans, Chaiselongs, kompl. Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer-Einrichtungen

Bequeme Teilzahlung

An- u. Abzahlung je nach Vereinbarung und Wunsch des Käufers.

Zur Herbstsaison

Neuheiten in Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzügen, Damen-Kostümen, Röcken, Blusen, Jacketts und Mänteln, Kinder-Konfektion, Kleiderstoffen, Damen- u. Herren-Schuhwaren, Teppichen, Gardinen, Stores, Tisch-, Bett-, Kommoden-, Chaiselongs- und Steppdecken, Federn und Betten, Uhren, Hängelampen, Kinder-, Sport-, Sitz- und Liegewagen, Näh- und Wringmaschinen.

Will. Ritter & Co.

Postplatz — Stadtwaldschlößchen
Waren- und Möbel-Kredithaus
1. Rang.

Kinematograph komplett!!
mit eisernem Gaud u. vollst. Dekoration ist preiswert zu verkaufen.

Blumensäle, Blumenstr. 48.

Altstädter! Mäntel - Wibrich

Freiberger Platz.

Hochfeine Braunschweiger

Rotwurst

1 Pfd. 80 Pf. bei 5 Pfund 1 Pfund 75 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18
Telephon 181.
Freier Bestand noch ab: Stadtmüll.

Cigarren

Gelegenheitswaren! Sum., Vortienland, Quana u. a. Laubend 17, 21, 25, 30, 32, 35, 38, 40, 45, 50, 52 bis 60. Probierbunde gratis zu Dienst. R. Horn, Palmstr. 15, 1. St.

Auf Kredit!

Nur 1 Mark wöchentlich Anzahlung
Hängelampen u. Kronleuchter für Gas und Petroleum zu hausend billig. Preisermäßigung.
E. Goldhammer
Dresden-L., Pflanzg. 12.

Veraltete Anzüge

der Harnröhre behandelt natürlich, ohne d. lästige Wiederholung.
Friedrich Heimbach
Naturheilpraktiker.
Dresden, Bankstr. 22, 2.

Sparsame Hausfrauen

putzen nur mit
Globus Putzextrakt
dem besten Metallputzmittel

Mutterspritzen

Spülkannen, Leibbinden, Gummistrahler, Pflöge bei Störung von etc.
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. kostenlos.
Rich. Freisleben
Postplatz. 2
Man achte genau auf Firma, da auf diese Abnahme Rabatt.

Herren - Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge, auch man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 14.
Sommer-, Herbst- u. Winterkleider in gr. Auswahl, von eleganten Webst. Schwedernstr. 10, 1. St.

Mutterspritzen

Spülkannen u. 1 Pf. an, sehr binden und alle hygienischen Frauenartikel.
Preisliste gratis. 10 Pf. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37
Gute Dybboldienhandarbeiten. Man achte auf die Firma!